der amerikanische Anthrazitstreik noch mit großer Hartnäckigkeit andauert und mit einer Ausbreitung droht. Eine weitere Notiz im „Vorwärts" am 26. November bestätigt nur diese Nachricht.

Die „Rote Fahne" fragt dann: „Aus welcher Quelle bezog der „Vorwärts" Ende Oktober seine Mitteilung über den plötzlichen Abbruch des Anthrazitstreiks? Ist diese Quelle nicht identisch mit jener, die in Europa den amerikanischen Anthrazitstreik mit einer Lohnerhöhung als „beendet gelten und vier Wochen hindurch jede Nachricht über denselben aus Amerika nach Europa unterbinden ließ? Wie stellt sich die Bergarbeiter-Internationale und ihr Sekretär Frank Hodges zu dieser Frage? Wir können uns nämlich sehr schlecht vorstellen, daß die Bergarbeiter-Internationale über das Fortbestehen des Anthrazitstreiks keine Kenntnis gehabt hätte. Der amerikanische Bergarbeiterverband ist nämlich der Bergarbeiter-Internationale angeschlossen und so müßte die Bergarbeiter-Internationale über eine jede Phase des Streiks unterrichtet gewesen sein. Wir fragen also weiter: Welche Gründe hatte Frank Hodges, den amerikanischen Anthrazitstreik in Europa vier Wochen hindurch als beendet gelten zu lassen?"

Die Behauptung der „Roten Fahne" ist richtig. Die Bergarbeiter-Internationale befördert deutsche Streikbrecherkohle. Die 11 000 Tonnen sind nicht die erste Ladung. Es werden sicher seit längerer Zeit Kohlen aus Deutschland, aber auch aus England nach Amerika befördert. Wie die „Industrie und Handelszeitung" vom 12. Dezember mitteilt, sind im Oktober und November 276 000 Tonnen Kohlen aus England nach Amerika befördert. Der amerikanische Bergarbeiterverband wünscht den Zusammenbruch des Streiks, weil er Geld kostet. Der englische und der deutsche Bergarbeiterverband wünschen, daß „ihre" Bergmagnaten Profite machen, um einige Lohnpfennige herausschlagen zu können, um ihre Nützlichkeit zu beweisen.

Wir würden die „Rote Fahne" und die KPD. fragen, warum sie die Proletarier in die Streikbruchgewerkschaften treiben, und warum sie nicht damals, im September die Nachricht brachte, um die Bergarbeiter, die Transportarbeiter, die Eisenbahner zu alarmieren? Die gesamte KPD.-Presse könnte im Proletariat ein Echo auslösen. Wenn die scharfsinnigen Redakteure der „Roten Fahne" und der übrigen KPD.-Zeitungen die Meldungen der bürgerlichen Zeitungen nicht sahen, warum brachten sie die Warnung nicht aus der KAZ., die sie erhält? Wir beanspruchen nicht, daß man uns als Quelle nennt, wenn die „Rote Fahne" glaubt, es sei besser, uns totzuschweigen.

Gewerkschaftsbewegung

Der AfA- und ADB. in Berlin

Wir verlangen auch heute keine Antwort von der „Roten Fahne", weil wir wissen, daß in der KPD. kein Proletarier den Mut und das Recht hat, von „seinem" Blatt das zu verlangen. Und von selbst tut es dies nicht. Wir fragen die Proletarier der KPD. aber: Wollt ihr euch dies immer gefallen lassen. Seid ihr zum Zahlen und Maulhalten da? Wollt ihr euch nicht endlich das Recht nehmen, von eurer Zeitung Rechenschaft fordern, wie die „Rote Fahne" es vom „Vorwärts" von Hodges verlangt? Es geht um den Klassenkampf.

Ausland

Der Leninismus in Italien tot

Nachstehender Artikel wurde uns zugesandt:

In diesem Frühjahr traf Mussolini und der Faschismus in Italien die ersten Maßnahmen, die darauf hinzielten, den freien, d. h. nichtfaschistischen Gewerkschaften den Garaus zu machen. Seitdem kontrollierten wir aufmerksam die gesamte bolschewistische Presse und Literatur in Deutschland und ganz besonders die Zentralorgane „Rote Fahne" und „Inprekorr" darauf hin, ob die Komintern oder die KPD. nicht doch die Notwendigkeit begreifen würden zu der Entwicklung in Italien Stellung zu nehmen, die allerdings ein vernichtendes Urteil über die „elastische" leninistisch-bolschewistische Taktik der „Gewerkschaftseinheit" und der „Einheitsfront" bedeutet. Und siehe da, was geschah? Die bolschewistische Presse schwieg die Tatsache der bevorstehenden Vernichtung der italienischen freien Gewerkschaften einfach tot! Die gesamte Komintern vom Papst Sinowjew bis zu den kleinen Meßnern, die ihn bewehräucherten, gleichgültig, ob auf dem rechten oder linken Flügel, stellten sich blind und taten so, als ob sie die ganze Sache nichts anginge. Die Ignoranten der Komintern sind so lange groß im Ignorieren — wir erinnern bloß an die famose Episode mit dem General Müller in Sachsen — bis die Wirklichkeit mit ihren Dialektik exerziert. Jetzt stehen sie da wie die begossenen Pudel und zerren Mund und Nase auf.

Die lächerliche Thesen- und Parolenfabrikation auf den Moskauer Unfehlbarkeitskonzilen feierte jahrelang wahre Orgien, ohne auch nur im mindesten die konkreten Grundlagen des Klassenkampfes in Mittel- und Westeuropa in der heutigen revolutionären Periode zu untersuchen und zu berücksichtigen. Wer das dennoch innerhalb der Komintern schüchtern zu versuchen wagte, wurde stort kalt gestellt. Obgleich das rote Tuch für den bolschewistischen Ochsen war aber die Kritik an der Gewerkschaftstaktik der Komintern, und die Ketzergerichte gegen diese Kritiker nahmen auf den Moskauer Tagungen stets den größten Raum ein. Auch die kleine revolutionäre Gruppe innerhalb der „italienischen Sektion", die nicht kritiklos die „Bischewisierungsmethoden", gutheißen wollte, und die Entwicklung weiterblickend und kritisch betrachtete, wurde als „live Ultralinke" verspottet und mit Ausschluß aus der Komern „bedroht".

Nachdem die Worte jetzt gefallen sind, und die freien, der Amsterdamer Internationale angehörenden Gewerkschaften in Italien ihr reformistisches verräterisches Dasein wohl oder übel aufgeben mußten, bleibt der gesamten kommunistischen Partei Italiens nichts anderes übrig, als zur „doppelten Buchführung" überzugehen, indem sie die Moskauer Beschlüsse Beschlüsse sein läßt, u. statt die opportunistische gewerkschaftliche Einheitsfront in die Zonzer Reformisten durchzuführen, sich „sektiererisch" und ganz und gar nicht den Parolen der „Moskauer Einheitsfront" entsprechend in den Betrieben als Klasse organisiert.

Selbstverständlich ist es der Komintern unmöglich, ihren bedauernswerten Rekruten die realen italienischen Ereignisse noch länger zu verschweigen. Und so finden wir endlich in Nr. 48 der „Inprekorr" vom 28. Nov. das Geständnis der für die Komintern so bitteren Wahrheit. Es heißt dort wörtlich auf Seite 1417: „Heute steht in Italien keine Oppositionspresse mehr, es bestehen keine Klassengewerkschaften mehr, durch die Dekrete der Faschisten ist die Gewerkschaftsbewegung, was bereits eine Tatsache gewesen war". Und natürlich fehlt auch die programmatisch-bolschewistische Lüge nicht, dokumentarisch verankert auf Seite 1419, wo es wiederum wörtlich heißt: „Die Leitung der Gewerkschaften war immer gegen alle Vorschläge der Komintern auf Umstellung der Gewerkschaftsorganisation zu Grundlage der Betriebe, ohne Umstellung, die wegen der neuen faschistischen Offensive — Auflösung von Organisation, Besetzung von Lokalen, Beschlagnahme von Fonds — unerläßlich war und ist." Wie man sieht, ist der Verfasser bestrebt, es so darzustellen, als ob es offiziell die kommunistische Partei Italiens gewesen wäre, die den reformistischen Zentralleitungen der Gewerkschaften die Umstellung auf Grundlage der Betriebe vorgeschlagen hätte. Daß von den Reformisten dies verlangen, wäre natürlich lächerlich gewesen, und ist in Wirklichkeit niemals geschehen. Wenn die kommunistische Partei Italiens die Umstellung auf Betriebsorganisationen wirklich gewollt hätte, so hätte sie das ja allein ohne die Reformisten durchführen können. Kein Mensch hätte sie daran hindern können. Dieser Schindel ist also zu grobschlächtig, um damit die ungeheuren Fehler der Vergangenheit bemänteln zu können. Wahr ist dagegen, daß eine Gruppe um den „Ultralinken" Bordiga diese Umstellung dauernd verlangte, aber nicht den Mut fand, der Komintern Valet zu sagen, als man ihn daraufhin mit Ausschluß „drohte". So blieb alles beim alten bis heute. Niemand anderes als die Komintern und ihr Ekki selbst sind es gewesen, die „unsere gegen alle Vorschläge" der „Ultralinken" auf Umstellung wäre, und wie ertappte Sünder suchen die wahren Schuldigen jetzt die Schuld von sich abzuwälzen und den enttäuschten Nachtern der Moskauer Parolen von neuem Sand in die Augen zu streuen. Doch sie können nur in der „Inprekorr" lügen, in Italien wird ihnen das schend gewordene revolutionäre Proletariat schärfst auf die Finger klopfen.

In der kommunistischen Partei Italiens gibt es heute keinen „Brandlerismus" mehr u. keine „ultralinken Abweichungen", es gibt keine „doppelte Buchführung" mehr und keine „fraktionellen Reminiscenzen", es gibt keine „Sektiererei" mehr und keine „opportunistische Zweiheit", es gibt nur noch eine, das ist die radikale Ablehnung der gegenrevolutionären „elastischen" leninistisch-bolschwistischen Taktik und der gesamten Moskauer Phraseologie. Es gibt nur noch die der revolutionären Periode des Bürgertumes in den Staaten Mittel- und Westeuropas angemessene ganz starre Taktik der absoluten Unversöhnlichkeit und Illalität, die Taktik der antiparlamentarischen KAP. und antigewerkschaftlichen AAU. Vorüber ist der ganze maßlos stupide Mist der Ekkiphrasen „zwischen zwei Wellen der Revolution", Linie der Komintern", „Bolschewisierung", „linker Flügel der Arbeiterklasse", „Ost- und Westorientierung", „Einheitsfront", „Anknüpfen an die Tagesnöte", „Arbeiter- und Bauernregierung" usw.

Ueber die Komintern Italien fällt der Vorhang, die Rollen sind vertauscht, die „Ultralinken" haben von der Geschichte recht bekommen und können nun ihrerseits den „Leninisten" das Gesetz des Handels diktieren und ihnen mit Ausschluß drohen, wenn sie jetzt leicht die „Einheitsfront" mit den Faschisten propagieren sollen. Wie eine Sintflut werden die Lehren des italienischen Proletariats die ganze 3. Internationale verschlingen und den deutschen Proletariern klar den Weg weisen, den sie zu gehenhaben, wenn sie endlich keine neuen Niederlagen und Enttäuschungen mehr erleben wollen. Sollten sie aber weiter in ihrer erbärmlichen verharren, so wird auch ihnen die baldige nachtleuchtende Diktatur der bürgerlichen Reaktion, die noch um einige brutaler sein wird als die Diktatur des italienischen Faschismus, die illusionen der Gewerkschaftsarbeit, des Parlamentarismus und der Legalität, die Illusionen der „Alltagskämpfe" und der „Teilforderungen" austreiben.

Der „Leninismus" in Italien ist begraben, nichts kann ihn mehr zum Leben erwecken. Das ist der erste Anfatzt zur proletarischen Revolution Italien. Bevor er nicht in Deutschland begraben ist, sind wir weil von ihr entfernt.

Der KAP. und AAU. werden die Lehren des italienischen Proletariats ein mer Ansporn sein, unbeirrt weiter zu arbeiten auf dem Bodenirrer für wahr erkannten Politik und Taktik.

Genossc!

Deine Zeitung ist das Sprachrohr der Revolution sein. Sorge dafür, daß jeder Proletarier die „KAZ." liest. Nur durch mündliche Propagande wird sie das erreichen.

Tue deine Pflicht!

Mitteilungen

Arbeitslose!

Alle erwerbslosen Genossen der KAP. und AAU. von Groß-Berlin treffen sich am Montag, den 21. Dezember, nachmittags 2 Uhr, bei Perschke, (Nbh. NO.) Georgenkirchstr. 14.

1. Unterkassierer. Unmittelbar nachher gemeinsamer Mitgliederversammlung der Partei- u. Gewerkschaftsmitglieder und Unionsgenossen findet am Mittwoch, den 30. Dezember, im Lokal von Perschke, Berlin, Georgenkirchstraße 14, statt. Erscheinen aller Genossen der PO. ist

Verantwortlich und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schönhaus-Berlin. Druckerei: Verlag der Buchhandlung Willy Jenkins, Berlin O 17, Langestr. 18.

Das beste Geschenk ist ein gutes Buch

Genossen! Deckt euren Bedarf in eurer Buchhandlung!

Wir empfehlen:

Almanach des Verlages der Kommunistischen Internationale	2,50
M. Beer: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe — Leinen	10,—
F. Brupacher: Kindersegen — Fruchtverhütung — Fruchtabtreibung	—,80
A. Brandt: Der Tscheka-Prozeß. Denkschrift der Verteidigung	1,50
A. Braun: Die Gewerkschaften — Halbl.	6,—
E. Buchner: Im Zeichen der Roten Fahne (Revolutionsdokumente	5,—
A. Bebel: Die Frau und der Sozialismus — Halbl.	4,—
N. Bucharin: ABC des Kommunismus	2,—
O. v. Corvin: Der Pfaffenspiegel — Leinen	4,—
— Die Geißler — Halbleinen	4,—
H. Cunow: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. — Halbleinen	8,—
H. Eildermann: Urkommunismus und Urreligion — Halbl.	7,—
H. Gallboeux: W. J. Lenin, — Halbleinen	5,—
R. Heinig: Die Finanzskandale des Kaiserreichs, — Halbl.	2,75
Illustrierter Arbeiter-Kalender für das Jahr 1926	3,—
A. Koch: Körperbildung — Nacktkultur; — Ganzleinen	8,—
R. Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie — Ganzleinen	5,—

Romane, Dichtungen, Erzählungen

M. Andersen Nexö: Der Morgen graut — Gebunden	1,—
Leonid Andrejew: Die Geschichte der sieben Gehenkten. — Halbleinen	1,80
A. Bogdanoff: Der rote Stern. — Kartoniert	1,75
A. de Chateaubriant: Schwarzes Land — Gebunden	7,—
Shaw Desmond: Demokratie — Gebunden	3,—
M. Dorris: Thomas Münzer. — Ganzleinen	1,90
Ch. Dickens: Oliver Twist. — Halbleder	4,—
F. M. Dostojewsky: Die Besessenen. — Halbleder	8,—
Gaunow: Casanova's Abenteuer. — Halbleder	4,—
G. M. Haardt: Die erste Durchquerung der Sahara im Automobil — Leinen	6,—
H. Heine: Buch der Lieder. — Halbleder	4,—
K. Immermann: Der Oberhof. — Halbleder	4,—
Franz Jung: Arbeiterliebe — Pappband	1,80
Fr. Jung: Jack London. Eine Biographie.	1,20
K. Kilbert: Revolutionäre; — Ganzleinen	2,—
K. Kersten: Der Moskauer Prozeß. — Halbleinen	4,50
Jack London: Südseegeschichten. — Ganzleinen	6,—
— In den Wildnissen des Nordens. — Ganzleinen	6,—
— Abenteuer des Schiffsmatrosen. — Ganzleinen	6,—
— Die Eisernen Pfeile.	1,80
Mark Twain: Die Abenteuer Tom Sawyers. — Halbleder	4,—

Redner der Revolution

1. Band: Maximilien Robespierre. — Pappband	1,—
2. Band: Ferdinand Lassalle. — Pappband	1,—
3. Band: Antonio Sanbt Just. — Pappband	1,—

Sonstige kommunistische und sozialistische Literatur am Lager. Nicht Vorhandenes wird schnellstens besorgt. Versand nach auswärts nur gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme. Porto zu Lasten des Empfängers.

Die Buchhandlung ist am Sonntag, den 20. Dezember von 2-6 Uhr geöffnet

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur
Berlin O 17 — Warschauer Straße 49 — Postscheck-Konto: Berlin 49029

6. Jahrg. Nr. 101 — Preis 0,15 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Dezember 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 696 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Belagerungszustand in Sicht?

Die drohende Gefahr der Krise macht sich mehr und mehr bemerkbar. Ihre Wogen werden durch die natürliche Hand des Winters gegen die Festen der Bourgeoisie angepeitscht, die vergeblich versucht hat, dem Schicksal der geschichtlichen, gesellschaftlichen Entwicklung zu entrinnen. Ihre besten Diplomatenkunststücke haben es nicht fertig gebracht, den Gang der Krise zu hemmen, viel weniger noch die kapitalistische Wirtschaft in den sicheren Hafen zu bugsieren. Die Illusionspolitik der SPD., „Frieden in Europa", „Frieden auf Erden", die Burgfriedenspolitik des Kapitals, die ihren Fluchtversuch in Locarno und im Völkerbund suchte, zeigt sich in der grausen Wirklichkeit einer steigenden Verelendung der proletarischen Massen, und offenbart im Hintergrunde das Instrument der herrschenden Klasse gegen die aufsteigenden Gefahren der Arbeitslosigkeit und der Klassengegensätze. Einen Ausweg aus der Krise hat dieser „Völkerfrieden" nicht zeigen können.

Luther und Stresemann sind von London zurückgekehrt und ihre Demission hat die Regierungskrise eingeleitet. Es wühlt und wühlt im Innern des Staates und schäumt Gefahren an die Oberfläche. Hindenburg, der zweite Ebert, der Mann nach allen Richtungen, hat es bis heute nicht fertig gebracht, die geeigneten Personen aus dem Krebse der parlamentarischen Kapitulanten herauszufischen, die das schäumende Meer zur Stillstand bringen können, die Ruhe und Sicherheit im Staat gewährleisten. Das Ansinnen an die SPD., im Interesse der allgemeinen Sicherheit in die große Koalition einzutreten, wurde von der SPD. abgelehnt. Sie kann heute nicht die Garantie für ihre Autorität bei den Massen übernehmen, denn der Konkurrent, der ihr in der KPD. erwachsen ist, nähert sich mit seinen radikal-gewerkschaftlichen Gebärden mehr und mehr den Massen, die nach Verbesserung der Lohnsklaverei drängen. Der Opportunismus der SPD. bestimmt ihren Weg der Neutralität, die sie mit den Bedingungen des Regierungseintritts einleitet. Hindenburg steht somit vor einer kritischen Situation und gleichzeitig vor der Zwangslage der notwendigen Entscheidung.

Das deutsche Kapital organisiert um, d. h. es nimmt die steigende Krise, die Absatzschwierigkeit auf dem Weltmarkt, als Grundlage neuer entscheidender Rettungsversuche. Die Bankrottwirtschaft retet sich in der sogen. Rationalisierung. Die Bankrotterklärungen haben einen Höhepunkt erreicht, auf dem der Zusammenbruch der gesamten kapitalistischen Wirtschaft eine gefahrbringende Offenbarung erfährt. Ein Betrieb nach dem andern muß die Tore schließen. Die Ziffern der Arbeitslosenheere wachen in die Millionen. Berlin allein hat im letzten Monat einen wöchentlichen Zuwachs von mehr als 15 000 Erwerbslosen aufgewiesen. Weit über 150 000 eingetragene Erwerbslose liegen in Berlin auf der Straße, ohne daß Aussichten auf Besserung vorhanden sind. Sie sind dem Elend, dem Hunger und der Kälte preisgegeben und ihre Zukunft im kapitalistischen System liegt auf den Friedhöfen. So sieht der Frieden der Proletariermassen aus, wenn sie nicht begreifen, der wachsenden Verelendung den Klassenkrieg gegen das Kapitalismus vorzuziehen.

Rationalisierung steht und dessen Programm, Stillegung aller unrentablen Betriebe, Zwangseinschränkung der Produktionsstätten im Interesse der noch lebensfähigen Profitstätten. Das bedeutet neues Elend, eine Vergrößerung der Arbeitslosenheere und eine Verschärfung der Ausbeutung aller derjenigen, die noch das „Glück" haben, im Produktionsprozeß zu stehen, den Karren des Kapitals vorwärtszuziehen. Das bedeutet gleichzeitig eine ungeheuere Verschärfung der Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Schon finden sich die Arbeitslosen zusammen, die Arbeitermassen marschieren. Die Bourgeoisie und die demokratische republikanische Regierung wittern Morgenluft, sehen Gefahren.

Der Sinn der republikanischen Verfassung offenbart sich. Der Artikel 151 der Deutschen Reichsverfassung besagt:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern.

Gesetzlicher Zwang ist nur zulässig zur Verwirklichung bedrohter Rechte oder im Dienst überragender Forderungen."

Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins ist durch die augenblicklichen Verhältnisse genügend gekennzeichnet. Gestärkt wird diese Beweisführung weiter dadurch, daß an der Unmöglichkeit dieser Garantieversprechungen die Demokratie schmählichst in die Brüche geht. Die größte sozialdemokratische Illusion steht vor dem Bankrott, und Hindenburg sieht sich letzten Endes wie sein Vorgänger Fritze Ebert gezwungen, auf Grund eines neuen Ermächtigungsgesetzes über den Artikel 48 der Reichsverfassung, „Ruhe und Ordnung" im Staat mit Militärgewalt aufrecht zu erhalten. Schon hat der Reichspräsident sich mit dem Reichswehrminister besprochen, die gesamte bürgerliche Presse spricht von der Notwendigkeit des Artikel 48, um den Gefahren der Arbeitslosigkeit zu steuern, — und über kurz oder lang wird man den Schrei der Arbeitslosen nach Brot und besseren Lebensbedingungen, nach „Weihnachtsgaben" nicht nur mit Gummiknüppeln, sondern mit Maschinengewehren und Granaten beantworten. Und auch die SPD., die sich von der Koalition zurückgezogen hat, wird Anlaß genügend finden, die Revolution, die in den Gefahren der Erwerbslosen, in den Auswirkungen der Krise liegt, niederringen zu helfen. Sie wird nach ebertinischem Muster die Verfassung und den Artikel 48 im Interesse der kapitalistischen Ordnung anwenden.

Die Klassendiktatur der Bourgeoisie ist im Anzug und zwar unter dem Schutz der Reichsverfassung. Und doch lassen sich heute noch die Proletariermassen, die hungernden Erwerbslosen in Illusionen vom Wege des Klassenkampfes ablenken. Sie laufen den Versprechungen der Gewerkschaften, SPD. und KPD. nach. Die Hungerbrocken der Erwerbslosenunterstützung, die um ein Atomchen gesteigert wurden, bildeten die Abfindung des „menschenwürdigen" Daseins. Die KPD. spricht von einer ausreichenden Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung. Sie spricht weiterhin von einer Weiterführung und Kontrolle der Betriebe, von Zwangsmaßnahmen gegen die willkürliche Einschränkung der Produktion.

Viele Proletarier glauben noch, daß es vom schlechten oder guten Willen einzelner Unternehmer oder der Regierung abhängt, was die Todeskrise des Kapitals verschärft beweist. Sie glauben noch an eine Verbesserung ihrer Lage durch einen Zwang auf den guten Willen der Kapitalisten, darum verlangen sie die Erfüllung der KP.distischen sozialdemokratischen Versprechungen. Um ein paar Hungerpfennige verkaufen sie die wirklichen Bedingungen der Befreiung, die proletarische Revolution.

Sie begreifen nicht, was mit so harten Beispielen offenbart wird, daß der Kapitalismus am Ende seines Latelus ist, daß es die geschichtlich bedingte und im Interesse des proletarischen Existenzkampfes notwendige Pflicht ist, den letzten Herrschaftsversuchen der Bourgeoisie, dem Belagerungszustand der Hindenburgregierung, den Klassenkrieg der gesamten Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats entgegenzusetzen.

Nur eins gibt es noch, was die gesamte proletarische Klasse aus diesen Ketten der kapitalistischen Barbarei retten kann. Die Zusammenfassung der Erwerbslosen auf den Nachweisen — den Appell an das Gesamtproletariat zur Klassenbrust, indem sich die Arbeiter in den Betrieben mit den Arbeitslosen vereinigen, gegen Gesetz und Verfassung. Mit dem Ziel:

Revolution und Kommunismus.

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt und die Freiheit zu gewinnen!

Ein Bild des kapitalistischen Zusammenbruchs

Jeder siebente ein Pauper.

Die bürgerliche Presse meldet: In der Vollsitzung der Düsseldorfer Handelskammer stellte der Geheime Kommerzienrat Poensgen fest, daß die Arbeitslosigkeit erschreckende Formen angenommen hat. Die Zahl der Arbeitslosen in Düsseldorf, die von 8000 im Januar auf 2500 im Juli gesunken war, betrug am 15. Dezember über 10 000 mit etwa 20 000 Angehörigen. Außerdem genießen in Düsseldorf etwa 20 000 Personen wegen Armut und Gebrechlichkeit die Fürsorge des Wohlfahrtsamtes, so daß zur Zeit jeder siebente Einwohner Düsseldorfs Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhält. Die Zahl der Anträge auf Konkurs betrug in diesem Jahre 200, die Anträge auf Geschäftsaufsicht 150. —

Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland?

(Schluß.)

In der Widmung, die dem schriftlichen Bericht der reformistischen Arbeiterdelegation vorausgeschickt ist, heißt es u. a.: „Unser Bericht erhebt keinen Anspruch darauf, das Resultat einer erschöpfenden wissenschaftlichen Untersuchung des bolschewistischen Rußland zu sein." — Diese Worte sind offenbar als Entschuldigung gedacht für die fehlenden wichtigen Momente, welche die 58 deutschen Gewerkschaftler in Rußland nicht gesehen haben, für die völlig unbeantwortet gebliebenen entscheidenden Fragen. Ein solches offenes Eingeständnis der deutschen Rußlandfahrer könnte sicher auch von ihren politischen Gegnern anerkannt werden, wenn es sich nicht sofort wieder als die typisch-reformistische Halbheit entpuppen würde durch die Versicherung, daß der Bericht dennoch „dem deutschen Arbeiter eine objektive wahrheitsgetreue Schilderung über die wahren Verhältnisse in Sowjetrußland geben soll."

Diese so zweideutige Objektivität der „ersten deutschen Arbeiterdelegation" ist es nämlich, welche rücksichtslos gebrandmarkt werden muß — im Interesse einer eindeutigen Stellung der Proletariermassen zum heutigen Rußland. Die 58 Reformisten sind so furchtbar objektiv, nur das zu berichten, was sie selbst auf ihrer Reise durch die weiten russischen Gebiete gesehen und gehört haben. Dabei muß aber der Leser gar bald die Feststellung machen, daß das Wesentliche in unsichtbaren Lettern zwischen den Zeilen geschrieben steht, was nun allerdings der Masse der Arbeiter nicht so ohne weiteres in die Augen springt. An der Skizze über die Leningrad Putilow-Werke haben wir in Nr. 100 der „KAZ." bereits gezeigt, wie die „wahrheitsgetreuen" Schlüsse der deutschen Rußlanddelegation bei Lichte besehen als Fehlbeschlüsse sich erweisen. Weitere Beispiele werden im folgenden nicht nur erneut den höchst subjektiven Charakter der Objektivität der reformistischen Arbeiterdelegation dartun, sondern auch ein bezeichnendes Licht auf den Wert der parlamentskommunistisch-gewerkschaftlichen Parolenpolitik werfen. —

Die deutsche Rußlanddelegation hat neben anderen Betrieben auch die ehemaligen Petersburger Siemens-Schuckert-Werke besucht, die eine Belegschaft von 2300 Mann haben, von denen 65 Prozent im Akkord arbeiten. Die Besichtigung dieses Werkes veranlaßt die 58 Gewerkschaftler zu folgender Bemerkung: „Wir zweifelten bei unserem Abschied nicht einen Augenblick daran, daß die Arbeiter der (deutschen d. Red.) Siemens-Werke, würden sie den ehemaligen Siemens-Betrieb selbst studieren können, sich für die russischen Methoden entschieden würden." — Worin bestehen nun diese so lobenswerten „russischen Methoden"? Aus dem Berichte geht hervor, daß der Siemens-Betrieb technisch mustergültig eingerichtet ist, daß 10 Prozent des Ueberschusses für Kulturzwecke verwendet werden, daß demzufolge ein Versammlungsraum, Turnhalle, Theater sowie ein Ausstellungsraum für Lehrlingsarbeiten vorhanden sind; ferner saubere Waschräume, eherne Kleiderspinde, ein Sanitätsraum mit geübtem Personal, sowie ein Speisesaal, wo für 30 Kopeken ein gutes Mittagessen abgezogen wird. Das ist das Wichtigste, welches die helle Begeisterung der reformistischen Arbeiterdelegation entfacht hat. Gewiß nichts so unbekannt Neues, aber die 58 Rußlandfahrer haben jedenfalls von der „sozialistischen Grundlage" der Petersburger Siemens-Werke nicht mehr gesehen.

Sollen nun die deutschen Proletarier ebenfalls in den Jubel über, die also gekennzeichneten „russischen Methoden" einstimmen? Wir glauben, es liegt solange kein Anlaß dazu vor, wie sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Klassbürger jede technische und „sozialistische Grundlage" anbeten. Denn daß der technische Fortschritt an sich noch keine Bestätigung für eine Wirtschaftsentwicklung in sozialistischer Richtung ist, kann nur jemand bestreiten, der übersieht, daß fortschreitende Technik auch ein Lebenselement kapitalistischer Produktionsweise ist. Andererseits sind jedoch auch Betriebseinrichtungen sozialpolitischer Art ebenso wenig unwiderlegbare Beweise einer antikapitalistischen Wirtschaftsform. Dabei soll gar nicht bestritten werden, daß im heutigen Rußland für die Sozialpolitik weit mehr finanzielle Mittel verwendet werden, als unter dem zarischen Regierungssystem. Aber diese Tatsache ist trotzdem noch nicht entscheidend für die Grundlage der russischen Produktion, weil derlei Dinge mehr oder weniger in jedem kapitalistischen Lande anzutreffen sind. Wir erinnern bei 58

die „mustergültigen" „proletarischen" Genossenschaftsbetriebe in Deutschland, die bekanntlich selbst von der KPD. durchaus nicht so vorbildlich betrachtet werden, und die meist nur von denjenigen Arbeitern als „sozialistische" Betriebe gepriesen werden, die in ihnen Lebensstellung haben und die in ihrer reformistischen Verknöcherung am stärksten gegen das Eindringen revolutionärer Elemente sich wehren. Wir erinnern ferner daran, daß die von ihrer Amerikareise zurückgekehrten deutschen Gewerkschaftsführer ebenfalls Loblieder auf die in der Welt „vorbildlich" dastehenden amerikanischen Großbetriebe singen. Wo liegt also angesichts dessen hier die Grenze zwischen Kapitalismus und Sozialismus? Sie ist eben nicht auf den Gebieten der Technik und Sozialpolitik zu suchen! Dies, und besonders die Sozialpolitik im Betriebe, sind höchstens Mittel, die Lohnarbeiter mit ihrem Los auszusöhnen, — nie aber wird dadurch allein das Wirtschaftsprinzip auch nur im geringsten verändert. Weil dem so ist, deshalb gehört schon die ganze oberflächliche Objektivität der 58 deutschen Reformisten dazu, um jene mit eigenen Augen und Ohren wahrgenommenen „russischen Methoden", die nur charakterisiert werden können durch nicht-ausschlaggebende technische und sozialpolitische Dinge, als Schritte in sozialistischer Richtung zu verherrlichen. Uebrigens sind im „ersten Arbeiterstaat" durchaus nicht alle Proletarier von den „russischen Methoden" so erbaut wie die mit Objektivität sich vollgesogenen „Repräsentanten" des deutschen Proletariats, denn letztere müssen auf Seite 33 ihres Berichtes selbst feststellen, daß verschiedentlich bei Einführung der Akkordarbeit Streiks vorgekommen sind. Dieses Aufbäumen russischer Industriearbeiter deutet allerdings hin auf eine nicht gerade glänzende Kehrseite der von den 58 deutschen Gewerkschaftern so warm empfohlenen „russischen Methoden".

Diese unsere letzte Behauptung wird noch um ein weiteres bestätigt durch die Bemerkung der reformistischen Russlandelegation auf Seite 97, daß „am 1. Juni 1925 im Uralgebiet 7,6 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter e r w e r b s l o s" waren. Das ist eine Tatsache, die besonders im Hinblicke auf die parlamentskommunistische Parolenpolitik äußerst bemerkenswert ist. Man bedenke, daß in Russland die Fabrikproletarier fast bis zu 100 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind. Ferner wird bekanntlich die Losung der deutschen Komintern-Sektion: „100 prozentige Organisierung der Arbeiter in den Gewerkschaften", nicht zuletzt damit begründet, daß es dann möglich wäre, den Versklavungsplänen der Kapitalistenklasse ein gebieterisches Halt entgegenzusetzen. Dieser Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen Produktionsmittelbesitzer und Lohnarbeiter entspringt endlich auch die KPD.-Parole „Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß". Nun müssen die deutschen Russlandfahrer öffentlich feststellen, daß selbst die Gewerkschaften im „ersten Arbeiterstaat" trotz ihrer Machtstellung nicht imstande sind, die Proletarier vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit zu schützen! Um wieviel weniger fähig müssen also in den anderen Ländern die Gewerkschaften sein, die verelendenden Auswirkungen der Profitordnung zu beseitigen? So offenbart sich selbst im „roten" Rußland (trotz der „sozialistischen Grundlage"), daß [illegible] die sich nach dem Gesichtspunkte des Bedürfnisses der proletarischen Massen zeregelt wird, eben keine Überproduktion kennt, sondern lebensnotwendige Produktionsmittel Reservearmee braucht, die je nach den Marktbedürfnissen größer oder kleiner ist, — ein Gesetz bürgerlicher Produktionsweise, das auch durch ein noch so gutes gewerkschaftliches Organisationsverhältnis der Proletarier nicht aufgehoben wird. Darin dokumentiert sich gleichzeitig der Bankrott der KPD.-Politik, deren reformistische Forderungen, wie Figura zeigt, ja noch nicht mal in Rußland, wo nach ihrer Auffassung die Arbeiter herrschen, durchzuführen sind.

Auffallend wenig wissen die deutschen Russlandfahrer von der bedeutsamen Rolle der riesigen landbesitzenden Bauernmasse und ihrem Verhältnis zur Industriearbeiterschaft zu berichten. Die 58 Gewerkschaftler haben sich wohl mit Kamenew über landwirtschaftliche Spezialfragen unterhalten, aber sie haben nicht gesehen, wie der Klassengegensatz zwischen Arbeiter und Bauer systematisch wächst, wie mit der fortschreitenden Entwicklung der „Nep"-Wirtschaft auch der gesellschaftliche Einfluß der kapitalistischen Elemente besonders auf dem Lande steigt und wie mit der dadurch bedingten offenen Klassenscheidung neue Machtkämpfe zwischen den Proletariern und den bürgerlich-agrarischen Schichten heraufziehen. Nach den jüngsten Erklärungen Bucharins ist bekanntlich der Bauer die „zentrale Figur" des russischen Staates, — die „objektive" „erste deutsche Arbeiterdelegation" jedoch hat von dieser entscheidenden Bedeutung des ungeheueren Bauernheeres keinen Hauch verspürt, sie ist um dieses Lebensproblem des heutigen Rußland herumgerannt wie eine Katze um den heißen Brei.

•

Die 58 deutschen Reformisten haben nun freilich noch mancherlei gesehen in Rußland. Doch dürfte es genügen, die markantesten Züge ihres offiziellen Berichtes beleuchtet zu haben, ohne auf die zahlreichen Betriebsbesichtigungen und sonstigen Besuche russischer Einrichtungen näher einzugehen. Letzteres ist um so überflüssiger, als sich auch ohnehin klar zeigt, daß eine Arbeiterdelegation gerade in Rußland die wichtigsten Dinge übersehen muß, — wenn sie wie die deutschen Gewerkschaftler n i c h t mit der unbestechlichen marxistischen Lupe bewaffnet ist. Deshalb ist auch die reformistische Arbeiterdelegation am objektivsten nur da, wo sie den eigenlichen Zweck ihrer Rußlandreise enthüllt, der in der Forderung gipfelt: „Herstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale." Daß sich diese Losung wie ein roter Faden durch den Bericht der deutschen Rußlandfahrer zieht, ist nicht verwunderlich, denn die 58 Gewerkschaftler haben immerhin soviel gesehen, um die begründete Hoffnung zu hegen, daß sich das „Rußland der proletarischen Diktatur" zukünftig immer mehr ihrem demokratischen Idealbilde nähern wird. Um so mehr ist es die Aufgabe der kommunistisch orientierten Proletarier, die revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft ihrer reformistischen Fesseln zu entledigen, um so mit dem Vorwärtstreiben der Weltrevolution auch den russischen Proletariern in ihrem anbrechenden Kampfe gegen die neue kapitalistische Umklammerung wirksame Hilfe bringen zu können.

Politische Rundschau

Der Zickzack-Kurs der KPD. im Berliner Stadtparlament

„Antiparlamentarischer Parlamentarismus."

Nachdem seit Ende Oktober d. J. im Berliner Stadtparlament eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit vorhanden ist, wirkt sich der „neue Kurs" der KPD. vor den Augen der Berliner Arbeiterschaft „realpolitisch" immer greifbarer aus.

In der Berliner Stadtverordnetensitzung vom 17. Dezember wurden zunächst der „Kommunist" Dr. Ernst Meyer zum besoldeten Mitglied des Stadtrats und die „Kommunisten" Gaebel und Rebe zu unbesoldeten Stadträten gewählt. In dieser gleichen Sitzung wurden die Deckungsvorlagen für die Mehrausgaben zur Linderung der Not der Erwerbslosigkeit **unter Ablehnung aller kommunistischen Abänderungsanträge** gemäß der Magistratsvorlage **nahezu einstimmig** (mit Einschluß der KPD.-Fraktion) angenommen.

Ueber diese erste Steuerbewilligung durch die „Kommunisten" ist der „Vorwärts" außer sich vor Freude und bemerkt dazu in Nr. 596 vom 18. Dezember u. a. folgendes:

Zum erstenmal haben die Kommunisten bei einer großen und entscheidenden Aktion eine Haltung eingenommen, die als eine wirkliche Vertretung von Arbeiterinteressen bezeichnet werden kann. Sie haben endlich angesichts der Not der Erwerbslosen und angesichts des Zwanges, nicht nur Phrasen zu dreschen, mit die Sozialdemokraten zu schimpfen und Hilfe Getum ausbrechen der kommenden Revolution anzukündigen, sich dazu verstanden, **auch unter dem geltenden Steuersystem Deckung für die notwendig gewordenen Ausgaben zu bewilligen.** Sie haben der **Erhöhung der Grundsteuer um 50 Proz. zugestimmt, sie haben die Erhöhung der Brutto-Umsatzsteuer für Werke von 5 auf 8 Proz. bewilligt und sie haben die Erhöhung der Hundesteuer** (welch Verstoß gegen alle revolutionären Prinzipien!) **mit einem noch nicht dagewesenen Eifer verteidigt.** Die Begründung, die der Kommunist Schwenk für die Zustimmung seiner Fraktion zu den Deckungsbeschlüssen des Haushaltsausschusses gab, war nicht nur eine Schwenkung, sondern **ein vollständiger Bruch der bisherigen Theorie und Praxis der kommunistischen Kommunalpolitik"** .. und die Kommunisten gingen noch weiter: sie genehmigten sogar ausdrücklich noch einmal den Steuerverteilungsbeschluß für das Haushaltsjahr 1925 und setzten damit feierlich für Moskauer Insiegel unter die sozialdemokratische Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre."

Das ist also „antiparlamentarischer revolutionärer Parlamentarismus", mit dem sich die KPD. seit 7 Jahren brüstet. Wer vom bürgerlichen Parlamentarismus frißt, stirbt daran, und diese Haltung der „Kommunisten" im Berliner Rathaus wird bald über die Berliner Grenzen hinaus auf andere Rathäuser abfärben. Die Berliner Sozialdemokratie ist furchtbar stolz auf ihren Sieg über die „Kommunisten", die dadurch dem „kapitalistischen Staat" auf Grund „kapitalistischer Steuergesetze" die Lebensberechtigung anerkannt haben. Allen Beschönigungen mit der augenblicklichen Notlage der Erwerbslosen, die die „Rote Fahne" jetzt herausstottert, der angeblliche „Sieg" der KPD. über die Steuerpolitik der SPD. ist Verlegenheitsgeschrei, um den offenen Bankrott des „revolutionären Parlamentarismus" der KPD. ihren Anhängern gegenüber zu verschleiern. Wir fragen die Mitglieder der KPD.: „Ist Euer Elend dadurch geringer geworden? Ist die Macht des Kapitals eingeschränkt worden?"

Immer klarer und deutlicher enthüllt sich, daß der Weg der KPD. der aller anderen parlamentarischen Arbeiterparteien, die von ihr einst als „Arbeiterverräter" bezeichnet wurden, ist, nämlich mit die Verantwortung für die Betrugsmanöver der Kapitalistenklasse, für deren Räuberwirtschaft durch Verwaltung der Exkremente des kapitalistischen Systems zu übernehmen. Die heuchlerische Maske der KPD. ist gefallen!

„Entschlossene Republikaner"

Einheitsfront von Ameronzen bis Moskau?

Die Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner hat an die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten, SPD. und KPD. eine Entschließung gesandt, in der sie verspricht, „das Vorgehen derjenigen Parteien, die den ungeheuerlichen Forderungen der ehemaligen Fürstenhäuser einen Damm entgegensetzen wollen", zu unterstützen. Sie schlägt vor, **daß alle Vermögenswerte, die durch das zu erwartende Reichsgesetz den Ländern erhalten bleiben,** nicht fiskalisiert, sondern zu Siedlungszwecken für die Opfer des Krieges verwandt werden. „Alle Schlösser und Parks sollen den unbemittelten, schaffenden Ständen zur Erholung und Genesung überlassen werden."

Wahrhaftig, das sind nicht nur „entschiedene Republikaner", das sind auch Demokraten vom reinsten Wasser. Nichts mehr und nichts weniger verlangt auch Wilhelm, als ihm das ihm ergebene Junker- und Kapitalistenparlament zusprechen wird, das Millionen Proletarier Hungers krepieren läßt und den Schlotbaronen und Großagrariern Staatsunterstützung aus den Steuergeldern in den Rachen wirft.

Diese entschiedene Kapitalistenklique kann natürlich nicht fordern, daß die entlaufenen Banditen enteignet werden, denn dadurch könnte den Proletariern ein Beispiel gegeben werden, nun auch die anderen Kapitalisten zu enteignen.

Daß die KPD.-Presse dieses Bündnis kommentarlos hinnimmt oder sich darüber freut, ist bezeichnend für den „Kommunismus", den die KPD. will. Werden die KPD.-Proletarier sich die Einheitsfront mit den Hohenzollern gefallen lassen?

Moskauer „Dialektik"

Die sozialdemokratische Presse veröffentlicht Einzelheiten über den nicht lange vor dem Londoner Kommunisten-Prozeß stattgefundenen Abschied des russischen Botschafters Rakowski von London. Als Abschiedsessen wurde laut mit Hammer und Sichel versehenen Karte ein Menu serviert, das die erlesensten Leckerbissen von der Prinzessinnensuppe bis zum Eis und von weißen Bordeaux bis zum russischen Branntwein aufwies. — Das „Hamburger Echo" fragt: „Was sagen die kommunistischen Arbeiter dazu? War das eine Staatsnotwendigkeit?" „Solange die Kommunisten" — schreibt das sozialdemokratische Organ — „darauf bestehen, Rußland als Staat bei sich und ihrer Moral zu identifizieren, wird man sie auch für das, was Rußland, staatliche Organe im Ausland tun, essen und trinken, unter Gesichtspunkten kommunistischer Moral belasten müssen."

Was sagt nun Moskau dazu? Wie immer, so läßt auch hier eine bodenlose Frechheit die KPD.-Presse nicht in Verlegenheit kommen. Zynisch quittiert man dort „neue bolschewistische Schreckenstaten", verliert kein Wort über das von der SPD.-Presse auch erwähnte Beileidstelegramm der Sowjetregierung beim Tode der englischen Königin-Mutter und antwortet einfach: „Wir haben an zahllosen Stellen die eigentümliche Stellung dargelegt, in der sich ein proletarischer Staat befindet der zugleich **Weltmacht** (?) ist, wir haben hundertfach die Dialektik der russischen Außenpolitik erläutert. Die Tatsache, daß allein die Existenz der Sowjetrepublik den Klassenschritt der Arbeiterbataillone der vom Kapitalismus geschundenen Völker befördert, ist mit 100 Speisekarten nicht aus der Welt zu schaffen."

Wir kennen diese Sorte „Dialektik". Als Tschitscherin — der „Kommunist" — den König von Italien am festlichen Tisch „als ersten Bürger des Landes der Sonne" begrüßte, war alles in Ordnung. Als aber Fritz Ebert — nur ein Sozialdemokrat — sich vom Papst segnen ließ, schäumte die KPD.-Presse von Agitationseifer über.

Das Proletariat muß begreifen daß sie beide stinken. Rabbi sowohl wie Mönch, daß sie beide jener „Dialektik" anhängen, die die Welt in „oben" und „unten" einteilt. Die Hungerschreie der erwerbslosen Proletarier sind eine wünderbare Ergänzung, nicht nur zu den Orgien der Parvus und Barmat, sondern auch zu den festlichen Banketts russischer Diplomatie an Fürstenhöfen und bei „Sowjetfeiern" (7. November 1925). Das bekannte Bild von jenem Lenin, der in schlichter Bluse den Kremlhof fest, ist längst eine leere Agitationsmache geworden. Die „Dialektik" von „oben" und „unten", von Hunger und Ueberfluß steht auf der anderen Seite der Barrikade. Solange das Proletariat mit ihr nicht fertig wird, ist ihm der Ausweg aus seinem heutigen Elend versperrt.

•

Tschitscherin frühstückt mit Stresemann.

Tschitscherin, der seit zehn Wochen als Leiter der russischen Außenpolitik zum zweiten Mal in Berlin weilt nach fünfwöchigem Aufenthalt in Frankreich, hat nach Meldungen der bürgerlichen Presse am 21. Dezember an einem ihm zu Ehren veranstalteten Frühstück beim Reichsaußenminister Dr. Stresemann teilgenommen. Hierzu waren u. a. erschienen der preußische Ministerpräsident Braun, Reichswehrminister Geßler, Reichsverkehrsminister Krohne, die Staatssekretäre v. Schubert, Kempner, Meißner (die rechte Hand Hindenburgs), Weismann (der preußische Sicherheits-Kommissar), der deutsche Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau und Ministerialdirektor Wallroth.

Aus der Werkstatt der Klassenjustiz

Mitte Dezember wurden folgende Urteile in Deutschland von der Klassenjustiz gefällt:

Reichsgericht: Der vierte Senat des Reichsgerichts verurteilte 7 ostpreußische Arbeiter zu je 3½ Jahren Gefängnis, weil sie Waffendepots der schwarzen Reichswehr ausgehoben hatten.

Staatsgerichtshof: Der Staatsgerichtshof verurteilte den Maler Melcher, der sich an der Abwehr des Monarchistenputsches von 1923 beteiligt hatte, zu 4 Jahren Gefängnis.

Schöffengericht Leipzig: Hartmann 3 Jahre 9 Monate, Probst 4 Jahre 9 Monate, Diessner 3 Jahre 3 Monate Zuchthaus. Sämtliche 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht. Den Angeklagten wird Diebstahl nachgewiesen, den sie begangen zu haben behaupten, zur Befreiung politischer Gefangener.

•

Gegen den Herausgeber der pazifistischen Wochenzeitschrift „Das andere Deutschland", Kister und dessen Mitarbeiter Berthold Salomon, beides Führer der westdeutschen „Friedensbewegung", wurde ein Verfahren wegen Landesverrat eingeleitet, weil sie in der Zeitschrift Mitteilungen über die schwarze Reichswehr veröffentlicht hatten!

Die preußische sozialdemokratische Regierung der Hindenburg-Republik handelt recht von ihrem Standpunkt. Wenn die Millionenscharen hungernder Sklaven die Gefahren der schwarzen und der weißen Fem-Soldateska erkennen, könnten sie es nachahmen und sich durch betriebsweisen Zusammenschluß eine Kampfphalanx schaffen, an der nicht nur die ganze Femo der Republik zerschellen könnte, sondern diese selbst. Und dann wäre es vorbei mit Ministersesseln und Pfründen aller Art, wäre es vorbei mit dem morschen kapitalistischen Gebäude.

Eine Friedensbewegung wird erst möglich sein, wenn die Proletarier die Fem-Republik weggefegt, die Profitwirtschaft beseitigt, sich die Betriebe angeeignet haben. — Das Schimpfen im Parlament ist für die Katz.

•

— Millionendieb Arnold verhaftet!

Der Reichsbankoberinspektor Arnold ist aus der Haft entlassen worden. Natürlich wird immer Krankheit vorgeschützt, wenn es sich um Gauner der „besseren" Gesellschaft handelt. Arnold hat bekanntlich eine Summe von fast einer Million der Reichsbank unterschlagen und ein Riesenbetrug von einer weiteren Million wurde im letzten Augenblick verhindert. Der Ehrenmann hat noch eine Reihe weiterer Verbrechen auf dem Kerbholz, so Kreditwucher den er als Geldverleiher im Großen mit Reichsbankgeldern zum eigenen Vorteil trieb.

Dieser Demokrat, der trotz seiner luxuriösen Sechszimmerwohnung, trotz seiner großen Reisen und seiner Schlemmereien in der „Lebewelt" nicht zu den „Spitzen der Gesellschaft" gehörte, wird sehr wahrscheinlich manches wissen über noch höher gestellte Staatsstützen. Und da ist es schon besser, man zwingt den Mann nicht zum Reden. Schließlich werden die Zellen auch gebraucht für arbeitslose Proletarier, die der Bourgeoisie Pfennige stehlen, um nicht zu verhungern.

Mossulkonflikt im englischen Unterhaus

(WTB.) London, 21. Dezember. Das Unterhaus begann die Debatte über die Mossulfrage. Chynes (Arbeiterpartei) erklärte, wenn die Regierung einen Antrag auf Billigung ihrer Haltung gegenüber der Entscheidung des Völkerbundsrates über Mossul habe einbringen lassen, so liege darin eine unbillige Beschränkung der Rechte des Unterhauses. Er fordere die Mitglieder der Arbeiterpartei auf, gegen dieses Vorgehen zu protestieren, indem sie das Haus verlassen und an der Irak-Debatte nicht teilnehmen.

Bei den Verhandlungen suchten Clynes und Thomas Baldwin dazu zu veranlassen, sich mit einem allgemeinen Vertagungsantrag ohne Abstimmung einverstanden zu erklären und den Antrag auf Billigung des Verhaltens der Regierung in der Mossulfrage fallen zu lassen. Baldwin lehnte das ab. **Die Arbeiterpartei hat darauf geschlossen das Unterhaus verlassen.**

Die englischen Imperialisten werden sich dadurch in ihrer Haltung nicht beeinflussen lassen.

Die Eröffnung des XIV. Parteitages der R. K. P. in Moskau.

Die „Rote Fahne" vom 20. Dezember meldet:

Moskau, 18. Dezember. „Heute wurde im Kreml der 14. Parteitag der RKP. eröffnet. Es sind 651 Delegierte mit beschließender und 602 Delegierte mit beratender Stimme anwesend, die 559 000 Mitglieder und 433 000 Kandidaten vertreten, gegen 736 000 Mitglieder und Kandidaten auf dem 13. Parteitag. „Kameraden! Wir sind gewärtet auf die Mitgliedschaft zur RKP.

Im Namen des ZK. wurde der Parteitag vom Genossen Rykow eröffnet. Er wies in seiner Begrüßungsansprache auf die gewaltigen Fortschritte der Aufbauarbeit seit dem letzten Parteitag hin, was zur weiteren Stärkung der Sympathien der Werktätigen aller Länder zur Sowjetunion als Stätte des sozialistischen Aufbaus, Stütze des internationalen Proletariats und Symbol der Befreiung der unterdrückten Völker beitrug.

Die Tagesordnung des Parteitages wurde wie folgt festgesetzt: 1. Politischer Bericht des ZK. 2. Organisatorischer Bericht des ZK. 3. Bericht der Revisionskommission. 4. Bericht der Zentralkommission. 5. Bericht der Vertretung der KPR. 6. Aktuelle Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus. 7. Aufgaben der Gewerkschaften. 8. Arbeit der Kommunistischen Jugend. 9. Abänderungsanträge zu den Parteistatuten. 10. Wahl der Zentralinstitutionen der Partei.

Danach ergreift unter begeistertem, lange unhaltendem Beifall der Delegierten, Stalin das Wort zum politischen Bericht des ZK."

Auf die Verhandlungen dieses Parteitages kommen wir in den nächsten Nummern der KAZ. zurück.

Wirtschaftliche und politische „Gefahren" in Rußland

Wir lassen wieder den Persönlichkeiten der russischen Regierung das Wort, denn sie sind es, die sich mit ihrer Einerseits—Anderseitspolitik in Rußland heute vergeblich aus den Widersprüchen derselben zu retten versuchen. Die Kulaki und die mittleren Bauern wachsen ihnen über den Kopf und die russischen Proletarier, die Stütze der russischen Regierung, erkennen die Gefahr der neuen russischen Bourgeoisie, in deren Interesse die Regierung Politik macht, sie stellen sich gegen diese Politik in Klassenopposition. Die Sinowjew, Bucharin und anderen Erbverwalter der leninschen Politik stehen zwischen zwei aufsteigenden Klassenextremen und wissen nicht, zu welchen sie sich konsequent schlagen sollen. Die Nep hat ihnen das Rückgrat gebrochen und mit den Diplomatenkniffen ihres Opportunismus machen sie den Versuch, aus den sich neu entwickelnden Klassengegensätzen einen politischen Sumpf in die Länge zu ziehen. Konsequente Politik ist ihnen unmöglich geworden, nachdem sie vom internationalen Klassenkampf, von der Revolution der übrigen Länder Westeuropas verlassen, ihren Weg im Opportunismus der III. Internationale suchten. Die ganz natürliche Entwicklung der russischen Wirtschaft beginnt sich nun der hemmenden Fessel der bolschewistischen Regierung zu entledigen und damit beginnt die Krise der russischen Regierung ins akute Stadium zu treten. Die Politik der Bucharin und Sinowjew geht nur noch dahin, diese Krise zu verschleiern und somit die Epoche ihrer Regierung zu verlängern. Wie sieht die „Einigkeit" der Bolschewiki im Gegensatz zu den Berichten der deutschen Delegation aus? Wir müssen verstehen, was Bucharin nach dem Bericht der „Roten Fahne" vom 16. Dezember zur Verschleierung der Differenzen auf dem kommenden 14. Parteitag der RKP. in der Moskauer Bezirkskonferenz ausführt:

„Ich glaube, es wäre seitens der Moskauer Konferenz unserer Partei leichtfertig, die Leningrader Organisation unserer Partei zu attackieren, und ich glaube, daß wir momentan wohl sagen dürfen, daß seitens mancher Führer des Leningrader Proletariats Fehler vorliegen, daß wir aber gar keinen Grund haben, irgendwie die Leningrader Parteiorganisation anzugreifen, zu verurteilen, schlecht zu behandeln, **Das Leningrader Proletariat ist in der Tat der beste Teil unserer Arbeiterklasse. Die Leningrader Genossen können infolge dieser oder jener Umstände sich irren.** Sie können falsch informiert sein, vielleicht zum Teil durch unsere eigene Schuld; falsch informiert sein deswegen, weil wir nicht genügend Maßnahmen getroffen hätten, um sie richtig zu informieren. Sie können sich rechtschaffen irren, aber ich meine, daß wir alle Vertreter der Moskauer kommunistischen Arbeiter, der festen Ueberzeugung Ausdruck verleihen dürfen, daß unsere Leningrader Genossen letzten Endes dem Zentralkomitee unserer Partei, gemeinsam mit der Partei, folgen und keineswegs sich gegen das ZK. oder gegen die Partei insgesamt wenden werden."

Die Differenzen, ihre Ursachen und Gefahren.

Dazu führt Bucharin weiter aus:

„Hier muß ich — und ich halte es für meine Pflicht in erster Linie bei jenem Mißerfolg verweilen, der unzweifelhaft auf dem Gebiete der Getreidebeschaffungsoperationen zu verzeichnen ist, einem Mißerfolg, der sich sofort auf unsere Export- und Import-Operationen ausgewirkt hat, der seinerseits sich an unseren Produktionsprogrammen bemerkbar gemacht hat und der bereits eine große Reaktion in unserer Wirtschaft hervorruft und in der nächsten Zukunft vielleicht eine noch größere hervorrufen wird.

Ich halte es für meine Pflicht und Schuldigkeit, diese Frage in den Angelpunkt zu stellen, erstens, weil sich hier unsere leitenden Partei- und Sowjetorgane verrechnet haben, — und dies müssen wir offen vor der Partei, vor dem ganzen Lande eingestehen; zweitens deshalb, weil die Erfahrung lehrt, daß, wenn bei uns irgendeine Differenz oder Meinungsverschiedenheit beginnt, sie ungefährlich ist, falls diese Differenz oder Meinungsverschiedenheit sich bei einer aufsteigenden Kurve unserer Wirtschaft auswirkt, gefährlich werden kann im Fall irgendwelcher wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Sie haben sich also verrechnet, und zwar darum, weil sie nicht verhindern konnten, das die wirtschaftlichen Extreme auf dem Lande stärker wurden als ihre Regierungskunst und die damit verbundene Handelspolitik. Die monopolistische Außenhandelspolitik unterlag den Eigeninteressen der neuen russischen Bourgeoisie. Dazu sagt Bucharin:

„Sie wissen, daß zum Teil infolge falscher Berechnung, zum Teil deswegen, weil der Herbst regnerisch war und ein Teil der Ernte verloren gegangen ist, zum Teil infolgedessen, daß durch dieselbe Ursache das Dreschen des Getreides zeitlich verschoben werden mußte, zum Teil dadurch, daß unsere Getreidebeschaffungsstellen in ihren Operationen kein einheitliches Aktionsprogramm aufgestellt hatten, während beschlossen worden war, das Getreide in sehr kurzer Frist einzusammeln, so daß mit einem Schlage die ungeheuerliche Nachfrage die Preise in die Höhe trieb und in den Bauern die Hoffnung auf noch höhere Preise weckte. — Sie wissen, daß infolge dieser verschiedenen Ursachen unsere Getreidebeschaffung sowohl qualitativ wie quantitativ, wie auch im Sinne des Tempos nicht so verlief, wie wir es vorausgesetzt hatten.

Noch bevor jedoch die Summe der möglichen Ausfuhr konkret klar wurde, wurden von vornherein verschiedene Schritte zur Warenein fuhr unternommen. Die Folge war, daß die Einfuhr die Ausfuhr überstieg; eine ganze Reihe von Einkäufen wurde vorzeitig im Auslande getätigt; daraus ergaben sich ungünstige Bedingungen für unsere Handelsbilanz; wir mußten zuviel zahlen, uns aber brauchte man sehr wenig zu zahlen und dadurch ergab sich die Gefahr der Schwankung unserer Valuta."

Was sind nun die weiteren Auswirkungen dieser „Differenzen" der Verrechnung, ihre Ursachen? Die deutschen Berichterstatter haben es nicht gesehen, Bucharin jedoch kann es nicht mehr verheimlichen, er muß daran anknüpfen um zu verschleiern. Er spricht darüber in seinem Referat weiter:

„Aber wie entstehen sie? Sie entstehen so, daß kraft unserer Stockungen in den Getreidebeschaffungsoperationen in ihrem weiteren Verlauf kraft dessen, daß unsere Industrie eine ungenügende Mengen Waren geliefert hat, kraft all dieser den Markt desorganisierenden Momente, — eben kraft dieser Umstände jetzt sowohl das private Handelskapital als auch der Kulak besonders schwungvoll zu arbeiten beginnen, der Kulak, der zu den Getreidebeschaffungsoperationen Zuflucht nimmt und dabei die Rolle des Aufkäufers spielt, der bestrebt ist, ein Bündnis mit dem privaten Handelskapitalisten, mit dem „Privaten" zu schließen, und der auf dem Hintergrund dieser jetzigen, für uns verhältnismäßig schlimmen Konjunktur immerhin sich „sein Brot" verdient, wenn einstweilen auch nicht „im Schweiße seines Angesichts". So stehen die Dinge.

Unsere wichtigste innere Schwierigkeit besteht darin, daß neben dem Anwachsen der sozialistischen Elemente in unserer Wirtschaft, in unseren Genossenschaften usw., zugleich auch das Privatkapital wächst, der Kulak wächst, also Elemente, die einen verzweifelten Kampf um die Mittelschichten führen.

Wenn man von der Kulaken-Gefahr redet, stellt sie sich so vor, als würde der Kulak bloß seine Wirtschaft hoch bringen wollen, — und sonst nichts. Aber es handelt sich ja nicht darum. Das Kulakentum ist dadurch gefährlich, daß es mit uns um den Mittelbauern kämpft, es ist in erster Linie dadurch gefährlich, daß es unter ungünstigen Verhältnissen von uns einen Teil der Mittelbauern lostrennen kann. Wenn wir uns in erster Linie nach den Mittelbauern auf dem Lande zu orientieren haben, so müssen wir von dieser Seite aus auch den Kulak betrachten. Bekommt der Kulak obendrein noch ein Bündnis mit dem Privatkapitalisten, der Gummischuh verkauft, zu einer Zeit, wo unsere Genossenschaften keine verkaufen, wo unsere Staatsmagazine keine verkaufen, so erhält er eine gewaltige Stärkung. Arm in Arm mit dem Kulak wird das Privatkapital uns einen beträchtlichen Teil der Mittelbauern abjagen können. Erobert es diesen, so bedeutet das eine Untergrabung des Arbeiter- und Bauernblocks."

So sehen die Dinge in Rußland nach den Berichten der Führer der III. Internationale aus, die als Ursache der Differenzierung in Frage kommen. So sieht die „Entwicklung zum Kommunismus", auf den viele deutsche Proletarier all ihre Hoffnung gesetzt haben, in Wirklichkeit aus. Oder sollte man jene sozial-demokratischen Ablenkungsmittel die Genossenschaften, auf die man sich letzt in Rußland als Reformpunkte stützt, als die Instrumente des Kommunismus ansehen? Das deutsche Proletariat hat es wirklich nicht mehr nötig, daß man ihm diesen Illusionen abfinden zu lassen, denn ihm bieten Genossenschaften zur Genüge den Beweis, daß man dem Kapitalismus mit solchen Palliativmitteln nicht ein Atom seiner Macht raubt. Sie sind bestenfalls untergeordnete Instrumente des Kapitals. Für die Lenker der russischen Regierung, die Götter der III. Internationale sind sie die letzten Illusionen, mit denen man der Opposition die Augen vor der Wirklichkeit der russischen Regierungskrise verschleiern will. In nicht allzu langer Zeit, wenn die neue russische Bourgeoisie noch an Macht zugenommen hat, wird auch dieser Schleier fallen. Er zerreißt, wenn die Bolschewiki offiziell aussprechen müssen, daß sie am Ende sind, daß die Bourgeoisie regiert, ohne daß die Genossenschaften auch nur das geringste daran hindern konnten.

Wirtschaft

Die Arbeitslosen-Flut

Im Reichsdurchschnitt ist die Ziffer der Unterstützungsberechtigten der Erwerbslosen „Fürsorge" vom 16. bis 30. November von 473 000 auf 664 000, d. h. um 41 Prozent gestiegen. Die Ziffer der Zuschlagsempfänger stieg von 572 000 auf 819 000. Erfahrungsgemäß bezieht immer nur die Hälfte der Arbeitslosen Unterstützung. Es waren demnach schon Ende November rund 1 300 000 registrierte Arbeitslose mit rund 1 700 000 Zuschlagsempfängern, d. h. insgesamt 3 Millionen „Registrierte" vorhanden gewesen. — Ohne die Nichtregistrierten, ohne die Nichtberechtigten.

In Berlin hat die Arbeitslosigkeit in der mit dem 19. Dezember endenden Woche allein um rund 22 000 Personen zugenommen. Die Ziffer stieg von 119 991 der Vorwoche auf 141 262, d. h. um etwa 17 Prozent. In Berlin betrug die Arbeitslosenziffer Ende November rund 60 000. Sie hat sich also in den ersten 3 Dezemberwochen weit mehr als verdoppelt. Mit den ausgesteuerten, Nichtregistrierten und Nichtbezugsberechtigten gibt es in der Demokratischen Republik danach wenigstens 7 Millionen Menschen, die direkt dem Verhungern preisgegeben sind.

Dazu kommen noch große Proletariermassen in den Betrieben mit nur wenigen Stunden wöchentlicher Arbeit, die sich auch nicht besser stehen als die auf dem Stempelmarkt. Um nur ein Beispiel zu geben, wie es um die wirtschaftliche Lage bestellt ist: Vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten, dem Spitzenverbande der deutschen Maschinenindustrie, wird der Presse geschrieben:

„Mit der allgemeinen Verschärfung der Krise im deutschen Wirtschaftsleben hat sich im November auch die Lage der Maschinenindustrie weiter verschlechtert, nachdem sie sich lange verhältnismäßig widerstandsfähig gezeigt hatte. An der sprunghaften Zunahme der Arbeitslosen und Kurzarbeiterzahlen war die Maschinenindustrie im November am stärksten von allen Industriezweigen beteiligt. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, die bis August noch mehr als 52 Stunden (!) und Ende Oktober 49 Stunden betragen hatte, wurde Ende November nur noch auf 46 Stunden geschätzt. Dabei konnte eine Reihe von Betrieben ihre Belegschaften nur noch 36 Stunden oder gar 24 Stunden in der Woche beschäftigen. Die Zahl der Kurzarbeiter ist auf mehr als ein Viertel der Belegschaften einzuschätzen."

Die Gottesdiener

Eine der widerwärtigsten Rollen in der Menschheitsgeschichte spielt das Pfaffentum. Wohl ist die Alleinherrschaft der Kirche seit dem Mittelalter gebrochen, doch die Kirche und das Pfaffentum treiben ihr Unwesen an der unterdrückten Menschheit bis auf den heutigen Tag. Der Kapitalismus hat die Kirche mit ihren schwarzen Gesellen in seinen Dienst gestellt. Währenddessen der Sipomann mit Gummiknüppel und Maschinengewehr die „Ruhe" und „Ordnung" im Staat aufrecht erhält, arbeitet der Pfaffe mit süßen, frommen und heuchlerischen Worten an demselben Zweck. Kirche und Pfaffen sind dem Kapitalismus ebenso notwendig wie die Polizei, Zuchthäuser und Bordells. Ausbeutung, Religion und Pfaffe sind unzertrennliche Dinge. Eine ausgebeutete Klasse, die frei ist vom Gottesglauben, rebelliert eher gegen ihre Peiniger, als eine, die im Glauben und an Phantasien sich befriedigt. Das ist den heutigen kapitalistischen Machthabern wohlbekannt. Aus diesen Gründen wird die Kirche und ihre Gottesdiener vom heutigen Staate so gut genährt.

Die Theorie der Teleologie (Zweckmäßigkeitsschöpfung), auf die sich die Theologen (Gottesgelehrten) auf deutsch Pfaffen, berufen, ist seit 100 Jahren durch die Entwicklungstheorie wissenschaftlich widerlegt. Der Darwinismus hat sich auf naturwissenschaftlichem Gebiet behauptet, genau so wie der Marxismus auf gesellschaftlichem und ökonomisch

Nicht viel anders sieht es in den anderen Industrien aus. Millionen Arbeiter feiern von Weihnachten bis Neujahr. Hunderttausende, große Massen Angestellte, fliegen Ende Dezember aus Pflaster. Das ist die Demokratie, in deren Interesse die gutversorgten „Arbeiterführer" in den Parlamenten schwatzen und schachern, um die Hungernden von ihrem Elend abzulenken, um „Ruhe und Ordnung" zu halten — solange die Arbeitslosen in Lammesgeduld sich dies bitten lassen.

•

Die Ära stillgelegt.

Nach unendlich vielen Verhandlungen und Gläubigerversammlungen ist nunmehr die Edmund Stinnes'sche A.-G. für Automobilindustrie am 19. Dezember stillgelegt. Angeblichen Vermögenswerten im Betrage von 1,7 Millionen Mark stehen 17 Millionen Schulden gegenüber. Es ist also für die einzelnen Gläubiger nicht mehr viel zu verlieren. Das ist auch der Grund, daß der Betrieb in neuen Jahre wieder in ganz beschränktem Maße aufgenommen werden soll, wenn — Geld aufzutreiben sein wird!

•

Die Arbeitslosigkeit in Bayern im November verdoppelt.

Das Bayerische Statistische Landesamt stellt fest, daß am 1. Dezember die Arbeitslosenziffer in Bayern gegenüber dem Vormonat stark zugenommen hat. Es wurden 63 000 Hauptunterstützungsempfänger und 75 000 Zuschlagsempfänger gezählt gegenüber 30 000 bzw. 36 000 am 1. November.

In Thüringen desgleichen.

Mit Rücksicht auf das ständige Zunehmen der Arbeitslosigkeit, die sich im November mehr als verdoppelt hat, hat das thüringische Landesamt für Arbeitsvermittlung beschlossen, daß die Beiträge der Unternehmer und Arbeiter zur Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 20. Dezember von 1 Proz. auf den gesetzlichen Höchstmaß von 3 Proz. des Bruttoverdienstes erhöht werden.

•

Hunderttausend Arbeitslose in Hamburg.

In Hamburg gibt es mehr als 50 000 Vollunterstützte. D. h. daß es mehr als 100 000 Erwerbslose gibt. Mit Frauen, Kindern, Kriegskrüppeln usw. ist der vierte Teil der Hamburger Bevölkerung auf den Aussterbetat gesetzt.

•

Ein 300 Millionengeschenk an die Junker.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat beschlossen, daß der Landwirtschaft für 135 Mill. M. Stickstoffdünger in der Weise zugeführt werden sollen, daß ein Drittel dieser Summe, d. h. 45 Millionen Mark, bar angezahlt werden, wobei ein Preisnachlaß von 45 Prozent gewährt wird. Für die restlichen zwei Drittel, d. h. 90 Millionen Mark, sollen Wechsel gegeben werden, die bis Ende 1926 laufen. Für diese wird eine Ausfallgarantie vom Reiche in Höhe von 20 Mill. M. und vom Stickstoffsyndikat in Höhe von 10 Millionen Mark gegenüber dem die Wechselkäufe bzw. Wechseldiskonten ermöglichenden Bankenkonsortiums, unter Führung der Reichskredit A.-G. übernommen. Wie die „Korl.-Korr." hierzu erfährt, sollen die übrigen Wechsel noch durch Kreditversicherung mit einem englischen Konsortium gesichert werden. Es ist außer diesem 100-Millionengeschenk noch eine Aktion im Gange, durch die weitere Finanzierungen in gleicher Höhe wie die vorgenannten von der Preußenkasse in Verbindung mit den Genossenschaften ermöglicht werden sollen.

Von den 270 Millionen Mark, von denen die Hälfte das Reich mit die Hälfte Preußen zunächst ebenso aus Steuergeldern wie die ersten leihen, werden die guten Geber selbstverständlich auch garnicht gezeben.

Stickstoffindustrie, die bestbeschäftigste und profitabelste Deutschlands, bekam am 18. Dezember durch den Hauptausschuß des Reichstages 20 Millionen Mark. Die Sozialdemokraten stimmten dafür. — Die Pfaffen bekamen 60 Millionen Mark Gehaltszulage. — Wilhelm bekommt seine Milliarde.

Die Arbeitslosen bekommen 10 Proz. „Erhöhung". — Wenn sie es sich bieten lassen.

•

Wer Gott vertraut — hat wohlgebaut.

Die römisch-katholische Kirche Bayern verhandelte seit einiger Zeit mit New Yorker Banken über eine Anleihe von 10 bis 30 Millionen Dollar. Wie die zuständige Kirchenbehörde in München jetzt mitteilt, ist vorläufig eine Anleihe von 10 Mill. Dollar abgeschlossen. Diese soll in erster Linie dazu dienen, die Mittel für den bayrischen Großstädten auszubauen.

Auf dem flachen Lande ist dies in Bayern nicht so wichtig. Die Leute sind noch — fromm genug und tragen außerdem nur indirekt zur Verzinsung der amerikanischen Industriekredite bei. Die Dollarbürde treen sich nicht, das Anlagekapital wird sich rentieren, wenn auch die Kirche keine Zinsen zahlt. Der liebe Gott wird dafür wenigstens 40 Millionen Dollar übern Ozean schicken.

Wer es mit Gott hält und seinen Stellvertretern Geld gibt, macht ein Geschäft, ob er das übrige Kapital nun in Kirchen anlegt oder in Schnapsbrennereien, in Bordellen oder Kanonenfabriken.

•

Krisensymptome in Amerika.

Die Broadway Nationalbank und die Grovers Nationalbank, deren Depositen aus Spargeldern und Einzahlungen von Geschäftsleuten insgesamt etwa 3½ Millionen Dollar betragen, haben ihre Schalter geschlossen. Als Grund wird angegeben, daß Kredite infolge des Niederganges der Lebensmittelindustrie nicht flüssig zu machen wären.

Es scheint widersinnig, daß in einem Lande, das der Gläubiger der ganzen Welt ist und das an Goldüberfluß krankt die Banken an — Kapitalmangel zusammenbrechen. Es ist dies aber nichts weiter, als die (im Kapitalismus) normale Zerstörung der Kaufkraft, die jetzt in der ganzen Welt vor sich geht. Die Lebensmittelindustrie ist nur der Ausdruck der gesamten Industrie. Auch wenn die Erkrankung der Lebensmittelindustrie auf mangelnden Export zurückzuführen sein sollte, d. h. auf den Bankerott Europas, so muß das in Amerika rückwirkende Folgen haben.

Die Automobilindustrie z. B. ist schon zu Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen geschritten. Andere werden bald folgen.

Proteststreik in China gegen Japan.

Arbeiterlichtung in Schanghai.

(WTB.) London, 19. Dezember. Reuter meldet aus Schanghai, es werde erwartet, daß die kommunistische Propaganda, die für einen allgemeinen Streik als Protest gegen die japanische Intervention in der Mandschurei getrieben wird, zu weiteren Unruhen unter der Arbeiterschaft in Schanghai, insbesondere in den Baumwollfabriken, führen werde. Die Stimmung hat verschärft worden durch die gestern erfolgte geheime Hinrichtung eines der hervorragendsten chinesischen Arbeiteragitatoren, des ehemaligen Mitglied des einflußreichen allgemeinen Arbeiterverbandes von Schanghai war. In ganz China soll ein großer Proteststreik gegen Japan inszeniert werden.

An unsere Leser!

Der Feiertag wegen erscheint die nächste Nummer der „KAZ." am Mittwoch, den 30. Dezember 1925.

Die Redaktion.

Jugendbewegung

Der Vernichtungskrieg gegen das Jungproletariat

Wirtschaftskrise und Massenelend der Arbeiterjugend.

Wo ist ein Ausweg für die proletarische Jugend?

„Die deutsche Wirtschaft macht eine „Sanierungskrise" durch." So sagen die bürgerlichen und SPD.-Wirtschaftstheoretiker. Aber gleichzeitig müssen sie mit Besorgnis feststellen, daß diese „Sanierungskrise" ziemlich große Dimensionen annimmt und eine sehr langwierige ist, so daß daran weitere Auswirkungen und ihr Abschluß vorläufig noch gar nicht abzusehen sind. In der Tat! Diese „Sanierung" vollzieht sich in Formen, die selbst dem oberflächlichen Beobachter mindestens sehr bedenklich erscheinen müssen. Aber die denkenden Proletarier, die jetzt zu Tausenden aufs Straßenpflaster gesetzt werden, die heute im übergroßen Maße verkürzt arbeiten oder „Weihnachtsferien" bewilligt erhalten, wissen es besser. Sie erleben eine Betriebsstillegung nach der anderen und das immer schnellere Anwachsen der industriellen Reservearmee.

Ganz besonders das Elend der proletarischen Jugend schreit zum Himmel. Als Lehrlinge und Arbeitsburschen bilden sie die besten und willigsten Ausbeutungsobjekte der Kapitalisten. Unter an mittelalterliche Verhältnisse erinnernden Ausbeutungs- (genannt „Erziehungs"-) Methoden sind sie dazu verdammt, für lumpige paar Mark Lohn oft 10 Stunden und länger für ihre Brotherren zu frohnen und dann, wenn sie „ausgelernt" haben und älter geworden sind, als altes Eisen über Bord geworfen zu werden. Durch ihre sehr niedrige Entlohnung bilden die jugendlichen Arbeiter Lohndrücker für die erwachsene Arbeiterschaft. Aber es ist kennzeichnend für den Grad der kapitalistischen Wirtschaftskrise, daß heute von der allgemeinen Erwerbslosigkeit Zehn- und Hunderttausende von Jungarbeitern mit betroffen werden. Es ist ganz klar, daß diese aus dem Produktionsprozeß ausgestoßenen Jungproleten ungleich schärfer getroffen werden, als ihre erwachsenen Arbeitsgenossen. Bis zu 17 Jahren erhalten Jugendliche fast keine Unterstützung, trotzdem sie vorher tüchtig Beiträge zur Arbeitslosenversicherung leisten durften. Selbst die Jugendlichen bis 21 Jahren erhalten nur eine Unterstützung von höchstens ca. 4 Mark wöchentlich. So fallen sie ihren Eltern, wenn sie das „Glück" besitzen, diese noch zu haben, zur Last. Aus dem Produktionsprozeß herausgeschleudert, müssen diese Jungarbeiter sich selbst überlassen, ohne Aussicht irgendeines Ausweges, verkommen, werden sie demoralisiert. Das Kapital hat dann noch den Erfolg, „Verbrecher" sich dadurch direkt zu züchten und im übrigen, noch willigere Lohndrücker zu erhalten. Wie sehr schon die Lebensbedingungen der im Arbeitsprozeß stehenden Jungarbeiter zur Unerträglichkeit werden, wie weit auch die daraus entspringende seelische Not der Arbeiterjugend gediehen ist, zeigen die „Verzweiflungssuicide" einerseits, und auf der anderen Seite die beständig zunehmende Zahl der jugendlichen Selbstmörder. Erst am „Silbernen Sonntag" machten z. B. unter 15 Selbstmorden in Berlin auch zwei junge Arbeitermädels von 16 und 17 Jahren, in einem Alter, in dem man doch eigentlich erst anfängt, „das Leben zu genießen", ihrem Leben durch Gas ein Ende. Um wieviel unerträglicher, unhaltbarer muß in dieser über die kapitalistische Wirtschaft hereingebrochene Todeskrise die Lage besonders der Jugend des Proletariats sein.

•

Doch „gute" Menschen sind am Werke, um die deutsche Wirtschaft zu einer gesunden, stabilen und blühenden zu machen und damit „die Besserung der Arbeitsbedingungen in hygienischem, sozialem und kulturellem Betracht" zu verbinden. Alle Kreise des deutschen Volkes müßten zusammenstehen, sowohl Erzeuger als auch Verteiler und Verbraucher der Waren müßten sich — nach der Rede des Groß-Industriellen Borsig am 17. 12. 25 — zusammenfinden zur „Rationalisierung der deutschen Wirtschaft", um sie — wie Dr. Schacht auf der Tagung der deutschen Industrie in Cassel am 25. 6. 25 sagte, „vom Inflationsrost zu befreien und wieder weltkonkurrenzfähig zu machen", wenn auch nach Meinung von Dr. Ranecker (Nr. 11 der „Arbeit", Organ des ADGB.) die davon betroffenen Arbeiter zeitweise (!) Arbeitslosigkeit erleiden werden. Was tut man nicht alles zur Erreichung eines erstrebenswerten Zieles!

Um dies praktisch zu ermöglichen, um besonders einem „bolschewistisch" verhetzten Teile des Volkes, der da meint, daß alle bürgerlichen Versuche, aus der auswegslosen Dauerkrise herauszukommen, nur auf Kosten des Proletariats vollführt werden und letzten Endes das allgemeine Chaos nur vergrößern, und dem der Magen bereits zu sehr zu knurren beginnt, kräftiger energischer entgegentreten zu können, hat der derzeitige Reichspräsident Hindenburg zur Verwirklichung seiner Lieblingsidee, der „Volksgemeinschaft" versucht, eine „Große Koalition" von Schwerindustrie bis zur SPD. zustande zu bringen. Der von ihm mit einer derartigen Regierungsbildung beauftragte „Demokrat" Koch mußte aber die betrübliche Feststellung machen, daß trotz seiner verwaschenen, Allgemeinplätze bildenden Richtlinien dieses Projekt gescheitert ist. —

Warum? Nun, die Sozialdemokratie hat in unverantwortungsloser Weise diese Richtlinien als Grundlage der Koalition abgelehnt und einige „Forderungen" aufgestellt, — wie: Fürstenabfindung nach dem demokratischen Antrag (ein paar Hundertmillionen), Achtstundentag im Rahmen des Washingtoner Abkommens unter Voraussetzung gleichzeitiger Ratifizierung durch Frankreich und Belgien, paritätische Wirtschaftskammern (praktische Verwirklichung der „Wirtschaftsdemokratie"), Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Kurzarbeiterunterstützung (wieviel?) und Besitzsteuerermäßigung nur bei gleichzeitiger Ermäßigung der Hauszins-, Lohn- und Umsatzsteuer. Die SPD. befindet sich wieder einmal in der Zwickmühle, sie soll wieder die Kastanien für die Bourgeoisie aus dem Feuer holen. Gern würde sie alles von der Schwerindustrie Kommende, infolge ihrer reformistischen Einstellung, im Interesse der deutschen Industrie und damit (nach ihrer Meinung) der deutschen Arbeiterschaft schlucken. Aber sie kann nicht so, wie sie gern möchte. Die hungernden Proletarier sind radikalisiert und drohen, sich ihrem und dem Einfluß der Gewerkschaften zu entziehen. Dadurch ist sie gezwungen, geschickt, demagogisch zu manövrieren, um sich nicht zu sehr zu demaskieren und dabei schließlich unter den Schlitten zu kommen.

Doch die Bourgeoisie kann heute in ihrer Bedrängnis nicht der SPD. gestatten, ein derartiges Spiel lange zu treiben. Sie wird die SPD. zwingen, wenn sie schon um ihre Seßhaftigkeit willen sich nicht an der Großen Koalition, der rücksichtslosen Kapitalistendiktatur, beteiligen kann, eine Regierung der Mitte mit ihrem ganzen Einfluß zu stützen. — Es ist kein Zufall, daß gerade jetzt der Reichsverband der deutschen Industrie mit einem „Wirtschaftsprogramm" und mit einer Reihe Forderungen direkt ultimativen Charakters an die Oeffentlichkeit tritt. Es wird gefordert: Reduzierung der öffentlichen Ausgaben nach den „Grundsätzen der Sparsamkeit", Beseitigung der Budgetnotlage, Kürzung der Etatsausgaben um 20 Proz., „normaleres Verhältnis zwischen Besitz- und Verbrauchssteuern", Verbot der Aufschatzung öffentlicher Gelder, Ermäßigung der Reichsbahntarife, soziale Fürsorge nach „tatsächlicher Leistungsfähigkeit". Die Löhne sollen sich nach „Leistung und Produktivität der Arbeiter" richten. Die Rationalisierung der Wirtschaft soll durch „die vernunftmäßige Anwendung aller technischen und organisatorischen Mittel die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit möglichst steigern." „Die Rationalisierung ist durch eine Konzentration in der Industrie zu fördern."

Dieses Unternehmerprogramm zeigt ganz klar die Richtung des zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Kurses der deutschen Bourgeoisie. Es geht für das deutsche Kapital, jetzt um Sein oder Nichtsein. Es zeigt die Möglichkeit eines Versuches, aus der Krise auf kapitalistische Art herauszukommen. Nach diesem Programm geht jetzt die Bourgeoisie dazu über, praktisch zu handeln. Aber auch dieser großzügige Versuch der Rettung der deutschen Wirtschaft wird mißlingen. Aus der allgemeinen Weltkrise der Kapitals gibt es kein Entrinnen. Dem Weltmarkt sind geographische Schranken gesetzt, die nicht überschritten werden können. In dem um den eingegrenzten Weltmarkt immer heftiger werdenden Konkurrenzkampf, wird weder die deutsche Industrie, noch die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft gesunden. Alle Versuche, wenn noch so gründlich und großzügig sind und sogar im internationalen Maßstabe erfolgen, bewirken lediglich neue Vernichtung, Verschärfung der Krise. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß dadurch, wenn die Kapitalisten ungestört ihr „Sanierungsprogramm" mit Hilfe der SPD. und der Gewerkschaften durchführen können, eine geringe vorübergehende Besserung der Wirtschaft auf Kosten des Proletariats eintreten kann. Aber der immer heftiger wogende Konkurrenzkampf läßt die ausländischen Kapitalisten ebenfalls weitere Maßnahmen zur Verbilligung der Produktion durch Verschlechterung der Löhne und Arbeitszeit „ihrer" Proletarier usw. treffen. Die Todeskrise des Kapitals führt folgerichtig zu schärferen imperialistischen Gegensätzen, die in einen neuen allgemeinen Weltenbrand münden müssen.

Aus dieser Lage und Entwicklungsrichtung der Profitwirtschaft muß die proletarische Jugend ihre Lehren ziehen und sich daraus ihre Aufgaben setzen. Sie muß erkennen, daß eine Rationalisierung der Wirtschaft, d. h. eine Umstellung zur vernünftigen Wirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein Unding ist. Der Kapitalismus verkörpert die größte Unvernunft. Die Arbeiterjugend muß lernen, daß, solange die unvernünftige kapitalistische Profitordnung existiert, die ebenso wie das erwachsene Proletariat nur Ausbeutungsobjekt zur Schaffung des Profits für die herrschende Klasse ist. Nicht den reformistischen Illusionen, nicht Forderungen nach „Jugendschutz" und „Jugendrecht" werden das qualvolle Dasein der proletarischen Jugend beseitigen oder lindern. Die Ursache des Elends des Proletariats, die erbarmungslose kapitalistische Profitordnung selbst, muß endlich beseitigt werden. Nur der Kommunismus ist die vernünftige Bedarfswirtschaft in der klassenlosen Gemeinschaft der Menschheit.

Und der Kommunismus, die proletarische Revolution marschiert, marschiert unaufhaltsam! Möge die herrschende Klasse rüsten, um jede Rebellion der hungernden Leibeigenen blutig niederzuschlagen. Die proletarische Jugend wird trotz alledem, trotz des Verrats der SPD. und der Orgesch-Gewerkschaften, nicht freiwillig untergehen, sie wird in brüderlicher Solidarität mit dem erwachsenen Proletariat kämpfen, mit ihm die kapitalistische Räubergesellschaft zum Teufel jagen und die proletarische Rätediktatur errichten.

Aus der Partei

Revolutionäre Arbeit in Sachsen—Mitteldeutschland.

In Sachsen, dem Lande der linken SPD., sowie Mitteldeutschland, der Hochburg der KPD., werden die Arbeiter ganz besonders stark mit scheinradikalen Phrasen nunmehr um sie vom wahren Klassenkampf abzulenken. Dennoch ist es der zähen Arbeit der KAPD. gelungen, eine Bresche in die konterrevolutionäre Front dieser parlamentarischen Parteien zu schlagen. In zahlreichen öffentlichen Versammlungen rissen ihnen Redner der KAP. die Maske vom Gesicht. Besonders Herr Koenen von der KPD., mußte an seinem großen Leidwesen erfahren, daß die Genossen der schon so oft totgesagten KAP. als einzigste Redner in seinen Versammlungen ihm entgegentraten. In Ermangelung geistiger Waffen und Argumente waren seine Reden eitende Hetz- und Schimpfkanonaden gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, was teilweise, wie in Halle, zu stürmischen Auftritten in den Versammlungen führte wobei man der KAP. denn angeblich „Störungsversuche" vorwarf.

Die SPD. verschreibt sich in Sachsen als Versammlungsredner abgebaute Minister aus Oesterreich und Ungarn, Renner, Seenda etc., deren „Glorien"- und Autoritätsschein diese Kleinbürger durch eine Fünf-Minuten-Redezeit vor Beschädigung durch proletarische Mehrheiten zu schützen versuchten.

Neben der aktiven Arbeit in Versammlungen und Betrieben usw. ist auch die Organisation verbreitert worden. In Annaberg und Plauen sind neue Gruppen der KAPD., in Plauen und Mitteldeutschen Ortsgruppen der AAU. gegründet worden. Die rastlose Arbeit aller Genossen wird, weitere Erfolge für die linksrevolutionäre Arbeiter-Bewegung bringen.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Am Mittwoch, den 23. Dezember, abends 7,30 Uhr, findet im Jugendheim Berlin-Lichtenberg, Dossestr. 22 (Bhf. Frankfurter Allee), eine Gedenkfeier mit dem Thema: „Blutweihnacht 1919. — Die Niedermetzelung der Volks-Marinedivision im Schloß" statt.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

1. Unterbezirk. Die nächste gemeinsame Mitgliederversammlung der Partei- und Unionsgenossen findet am Mittwoch, den 30. Dezember, im Lokal von Perschke, Berlin, Georgenkirchstraße 14, statt. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

14. Unterbezirk (Neukölln). Mittwoch, den 30. Dezember, abends 7,30 Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei Moldenhauer, Nogatstr. 50. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. — Aus technischen und finanziellen Gründen macht es sich notwendig, daß die „KAZ." von dieser Nummer ab wöchentlich im voraus zu bezahlen ist.

Die Bezirksleitung.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schwenk-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Imlauer, Berlin O 17, Langestr. 78.

Bestell-Zettel X

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlungen für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49 zu senden.

7. Jahrg. Nr. 1

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Januar 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Zur Jahreswende!

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Hunger und Elend, das vernichtende Schicksal der Arbeitslosigkeit, eine bis ins gröbste gesteigerte Ausbeutung durch den Kapitalismus, das sind die Zeichen, die der Würfel der Zeit dem Proletariat aufdeckt. Wie die schleichende Pest dringt es auf die Arbeiterklasse ein, ganz unbestimmbar an allen Ecken, und zwingt mit der Jahreswende jedem die letzte Entscheidung auf. Diese Katastrophe kennt eben keinen außergewöhnlichen Vorzug, der Arbeitsklave, der heute noch seinen Posten im kapitalistischen Ausbeutungsprozeß ausfüllen „durfte", ist morgen überflüssig geworden, wird rücksichtslos auf die Straße geworfen, ist durch die herrschende Profitwirtschaft verurteilt, elendiglich zu verrecken; was heute diesem geschieht, kann schon morgen jenem drohen, denn alle sind die gleichen Werkzeuge kapitalistischer Willkür, die Lohnsklaven der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Mit geradezu katastrophalen Zeichen macht sich heute die Todeskrise dieses Profitsystems bemerkbar. Nicht nur Willkür ist es, was die Arbeiterklasse heute zu spüren bekommt, sondern die Endzeichen des Entwicklungsprozesses der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Trotz all der Rettungsversuche der Kapitalistenklasse, trotz aller Wiederaufbankonferenzen bis zur Friedenskonferenz von Locarno, und obwohl die Sozialdemokratie sich bis heute alle Mühe gab, den Wiederaufbau zu fördern, ist es nicht möglich geworden, die Katastrophe des vergangenen Weltkrieges, die Selbstvernichtung des Imperialismus aus der Welt zu schaffen. Von einer Krisenwelle in die andere getaumelt zeigt sich die deutsche Wirtschaft unter dem Abglanz der „Dawessonne" und dem Schatten der Locarnoer „Friedenspalmen" in einem geradezu offenen Zusammenbruch. Die „Deflationskrise", die unter den Zeichen der „Stabilisierung" mit dem Stinnesbankrott einsetzte, hat in dem alten Stinnesprogramm der **Rationalisierung der Wirtschaft** die letzten Zufluchtsbedingungen des Existenzkampfes gefunden. Besser gesagt: der Bankrott der deutschen Stabilisierung hat sich den Mantel der Rationalisierung umgehängt, d. h., es geht eben nicht anders, rette sich wer kann, und wer nicht kann, hat keine Existenzberechtigung mehr und muß Bankrott anmelden, während sich die übrigen wie die Aasgeier auf das Ueberbleibsel stürzen, um noch weiter zu vegitieren.

So sehen wir einen Großbetrieb nach dem andern die Tore schließen, auf Wochen, auf Monate, für immer. Textilindustrie, Bergbau, Eisenindustrie und selbst die chemische Industrie, die sich immer noch auf dem Weltmarkt behaupten konnte, muß als unrentabel stillgelegt werden. **Zu Millionen wächst die Zahl der hungernden, arbeitslosen Proletarier an, vermehrt sich von Woche zu Woche um Hunderttausende.** Nicht nur Kleinbetriebe — Großbetriebe, Konzerne machen Pleite und werden von den übrigen oder dem amerikanischen Kapital aufgefressen.

So zeigt sich der Existenzkampf nicht nur des deutschen, sondern des Weltkapitalismus in einem Endkampf der Konzentration der Profitgeier auf Kosten einer ungeheuren Verelendung der proletarischen Klasse, und macht den Kampf um die schwindenden Lebensbedingungen zur zwingenden Notwendigkeit. Mit cherner Gewalt wird das Proletariat an den Anfang seiner Klassenentscheidung gegenüber einer untergehenden Gesellschaftsordnung gestellt. Ein Zurück gibt es nicht mehr! — der Weg liegt allen deutlich vor Augen, wenigstens der Weg des Kapitalismus, der sich mit Schrecken auftut.

Die Aufgabe des Proletariats, seine entscheidende Tat, die sich der kapitalistischen Katastrophe entgegenstellt, die den Lauf der Geschichte im Interesse der Arbeiterklasse meistert, ist leider — durch parlamentarischen und gewerkschaftlichen Klassenverrat verschleiert — vielen Proletariern heute noch unbegreiflich. Sie laufen den Versprechungen, den Parolen der Gewerkschaften, der SPD. und der KPD. nach, warten auf diejenigen, die ihnen die Befreiung wie gebratene Tauben in den Hals werfen — und weil das nicht geschieht, suchen sie wie die Blinden nach Palliativmittelchen, nach „Auswegen", die alle Erkenntnis der notwendigen Aufgaben mehr und mehr verdunkeln. Sie begreifen nicht, daß es im Kapitalismus keine Verbesserungen, keinen Ausweg mehr gibt, weil derselbe selbst am Ende seines Lateins ist und daß gerade dieses Ende Hunger und Elend stündlich vergrößern muß.

Die Entschedung liegt heute allein im Sturz der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und im Aufbau einer neuen Weltordnung. Die Jahreswende bringt keine Besserung für das Proletariat, denn der Kapitalismus zeigt keine Auswege aus dieser Todeskrise, er malt ein Bild des Grauens an das andere, den Schreckensweg für die Arbeiterklasse ohne Ende. Noch steigt die Arbeitslosigkeit ins Uferlose. Vielleicht wird sie noch einmal zurückgehen und einer Scheinkonjunktur Platz machen, doch nur, um mit doppelter Gewalt die Arbeiterklasse in den Ausbeutungsprozeß hineinzutreiben.

Die Befreiung der Arbeiterklasse liegt einzig und allein im gewaltsamen Sturz dieses Ausbeutungssystems, in der proletarischen Revolution. Sie wird heute zur Lebensfrage der proletarischen Massen, doch nicht als Gabe durch Parlamentarismus oder unter den Fahnen der Gewerkschaftspolitik, sondern nur als Werk der geschlossenen Klassenfront aller Proletarier in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen, den Sammelplätzen der Arbeitslosenheere. Der steigenden Ausbeutung und Unterdrückung gibt es nur eins entgegenzusetzen, den Generalangriff auf die Kapitalistenklasse und ihren Machtapparat den Staat, zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung und zum Aufbau des Kommunismus.

Diktaturgelüste der Reaktion

Die demokratische „Vossische Zeitung" schreibt:

„Die lange Hinauszögerung der Lösung der Regierungskrise wird dazu benutzt, auf die Herbeiführung einer Diktatur in Deutschland hinzuarbeiten. Zunächst nicht durch gewaltsamen Umsturz, sondern auf dem bequemen Wege des Artikels 48 der Reichsverfassung. In den unter Kontrolle der Oeffentlichkeit erscheinenden Pressorganen wagt man noch nicht offen hervor. Aber um so lebhafter wird durch jene Korrespondenzen — gewühlt, und vertraulich an bestimmte Interessenkreise vertrieben werden. In einer dieser Korrespondenzen, in der dauernd der italienische Faschismus verhimmelt und die Lehre von der Erstarkung des französischen Faschismus gepredigt wird, ist auch schon ein feines Plänchen für die Durchführung einer Gewaltherrschaft in Deutschland entwickelt worden.

Diese Pläne sehen gleichzeitig auch vor, was mit denen geschehen soll, die sich solchen Gewaltmaßnahmen widersetzen. Sie werden nämlich einfach festgenommen."

Ein Berliner Abendblatt berichtet ferner:

„Wenn die Schwerindustriellen nach der Diktatur schreien, dann können selbstverständlich die großagrarischen Wucherer nicht still bleiben. Eine Kreisvertreterversammlung des pommerschen Landbundes in Stettin hat eine Resolution angenommen, in der den Parlamenten der Vorwurf gemacht wird, sie hätten die Durchführung der brennenden Spar- und Wirtschaftsprogramme unmöglich gemacht. Wörtlich wird in der Entschließung gesagt:

„Wollen wir warten, bis uns ein Sparditktator der Entente aufgezwungen wird? Sind wir nicht Mannes genug, uns selbst zu helfen? Wir verlangen die Einführung einer Wirtschaftsdiktatur, welche ohne Rücksicht auf die Parlamente die Maßnahmen durchführen kann, die einem Zwangsverwalter der deutschen Wirtschaft obliegen."

Was die Großagrarier unter Spar- und Wirtschaftsdiktatur verstehen, ist bekannt. Auch sie verlangen hemmungslosen Wucher und Wirtschaftskredite, die niemals zurückgezahlt werden."

Wie der Druckfehlerteufel die KPD. kennt.

In der Nr. 299 der „Roten Fahne" vom 28. Dezember 1925 ist auf Seite 1, 2. Spalte, Zeile 7 von oben fl. zu lesen:

Den Erwerbslosen kann geholfen werden!

„Wer dagegen wird die Interessen der Erwerbslosen vertreten?

Eine Regierung, die das Proletariat selber einsetzt, die nicht die Interessen der Handvoll Ausbeuter, sondern die Interessen der übergroßen Zahl der Bevölkerung schützt. Nur eine Arbeiter- und Bauernregierung kann dieses großzügige Programm der **sofortigen Hilfe für die Besitzenden** verwirklichen!"

Der letzte Satz enthält zwar einen Druckfehler, aber die Erfahrungen der sächsischen und thüringischen Proletarier von 1923 geben dem bösen Teufel in diesem Falle recht.

§ 48! — Das Diktaturprogramm der Industrie

Die Katze beißt sich in den Schwanz. Die deutsche Politik dreht sich im Kreise. Der Kreislauf der Wirtschaftskräfte wird immer enger. Immer mehr Betriebe verschwinden im Strudel. Auch die ältesten und bestfundierten Unternehmen beginnen zu wankeln. Die Kräfte der deutschen Wirtschaft verzehren sich gegenseitig.

Die Demokratische Republik ist ein aufgeblasener Popanz. Das gesamte Volkseinkommen ist auf 45 Milliarden, an der Kaufkraft der Vorkriegsmark gemessen, auf die Hälfte der Vorkriegszeit zusammengeschrumpft. Der Steuerapparat des Reiches ist im umgekehrten Verhältnis angeschwollen. 75 000 Steuerbeamte verzehren eine runde Milliarde Steuergelder, der Steuerapparat als solcher, weitere hunderte Millionen. Die private Wirtschaft selbst dürfte der republikanische Steuerapparat mindestens dieselbe Summe kosten. Die Steuerberechnung ist zur Hauptarbeit in Industrie und Handel geworden. Der einzelne Unternehmer muß, um nur ein Beispiel herauszugreifen, jährlich mindestens 154 mal Steuerberechnungen machen und 123 mal Steuern abführen. Reich, Staaten, Kommunen, Kirche ziehen jährlich 10,2 Milliarden Steuern ein, 2,2 Milliarden (das doppelte der Vorkriegszeit) betragen die „sozialen Lasten".

Auf allen andern Gebieten und die Verwaltung ähnlich. Republik und Wirtschaft sind zu einem Büro geworden. In der Republik herrscht der Geheimrat, in der Industrie der Syndikus. Beide entstammen demselben Element. Ihr Zopf ist länger als der des ältesten Chinesen von anno Tobak. Reich, Länder, Gemeinden entziehen der Wirtschaft Milliarden, um sie ihr nach wochenlangem Leerlauf wieder zu zuführen, teils gegen Zinsen. An Wirtschaft, Reich, Ländern und Gemeinden zehren zehntausende sehr hochbezahlte Nichtstuer und hundertmal tausende unproduktive Bürokräfte. Trotz alles Abbauens wächst der Apparat, wie der Lernäischen Hydra die Köpfe.

Das alles ist von Allen erkannt und verkannt. So gründlich verkannt, daß es von Allen als Ursache der Krise angesehen, oder doch wenigstens als solche hinzustellen versucht wird. Dies und die „hohen Löhne" und der Achtstundentag (der „im Prinzip") ist das Steckenpferd der deutschen Bourgeoisie, auf dem sie herumreitet, seit sie von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wieder in den Sattel gehoben wurde. Jetzt aber hat das deutsche Industriekapital eine Denkschrift herausgegeben, in der alle die seit 7 Jahren aufgestellten Behauptungen wiederholt werden. Das Ganze hat man „Wirtschaftsprogramm" genannt.

Daß es einer so gedankenlosen Gesellschaft, als die sich die deutschen Industriellen in ihrem „Programm" hinstellen, immer noch gelingt, die riesengroße Arbeiterklasse zu beherrschen, ist wohl ein Beweis, daß in der Letzteren noch weniger Gedanken wohnen. Von den 67 Seiten des „Wirtschaftsprogramms" entfallen 43 Seiten auf Abdrucke bekannter Veröffentlichungen von Unternehmerverbänden. Ganze 2 Seiten enthalten Vorschläge für die Umorganisierung der Industrie, ganze 18 Zeilen befassen sich mit dem Handel. Die „Wirtschaftstheoretiker" und „Industriekapitäne" stellen sich die Welt als ein Zerrbild vor, wie es nur entstehen kann in den Augen einer Gesellschaftsklasse, die mit dem Mute der Verzweiflung ein schon gesprochenes Todesurteil abwenden möchte. Wie immer verwechseln sie in ihrer Analyse der Wirtschaftslage Ursache und Wirkung. Alle die aufgezählten Fäulniserscheinungen werden nicht als Folgen der Krise erkannt, sondern als deren Ursache hingestellt. Dementsprechend sind auch die Schlußfolgerungen.

Die Denkschrift verlangt in diktatorischer Form von der (kommenden) Regierung die Herabminderung der Ausgaben um 20 Prozent (ohne auch nur eine Andeutung über das Wie zu machen) und einen dementsprechenden Abbau der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Daß die Industriellen nicht die parasitären Nichtstuer abgebaut wiss